

II. Vorspiel zur Gegenwart: Das Zerschlagen des amerikanischen Konsens. Die USA 1964-1980

LAND OHNE IDEOLOGIEN?

Die zentrale These dieser Arbeit lautet also, dass ideologischer Konflikt ganz primär als Resultat der Entstehung von homogenen Lebenswelten zu verstehen ist, die sich gegenseitig voneinander abgeschottet haben und deren Bewohner daher andere Erfahrungen sozialer Wirklichkeit machen und somit schließlich auch anderen Realitätsinterpretationen folgen. Und doch hieße es, diese primär soziokulturelle bzw. wissenssoziologische Sichtweise auf die Entstehung von Ideologie und ideologischem Konflikt zu weit zu treiben, wenn man davon ausginge, dass dieser Prozess völlig ohne die Deutungskraft politischer Eliten auskäme, ohne die Intellektuellen als Haupt-Produzenten von Ideologie, ohne die Kommunikations- und Multiplikationsleistung von Parteien und anderen politischen Organisationen. Kurzum: Es käme schon einer Hybris gleich, die ideologische Polarisierung der USA ohne jeden historischen Vorgriff allein mit einer Studie zweier Counties im Mittleren Westen der USA erklären zu wollen. Aus diesem Grunde steht also vor Wisconsin und vor der Expedition in Amerikas politische Hochburgen noch eine andere, allgemeinere Geschichte: wie einem Land, das bis in die 1960er Jahre als Musterbeispiel einer stark konsensual geprägten Gesellschaft galt, dieser Konsens abhandenkam und eine Ära des ideologischen Konfliktes begann. Im Grunde kann man diese Umbruchszeit ziemlich genau lokalisieren: Sie reicht in etwa von der Zäsur des Jahres 1964 und der „Great Society“ Lyndon B. Johnsons bis zum Einzug Ronald Reagans ins Weiße Haus 1980. In diesen Jahren schält sich jene Konfliktmatrix heraus, die auch heute noch das Denken und Handeln der Parteianhänger und Ideologen beider Seiten so maßgeblich bestimmt – ob in Wisconsin oder anderswo.

Wer allerdings beschreiben will, wie der „American Consensus“ zerbrach, der muss zunächst einen Schritt zurückgehen und mit einer anderen Frage beginnen: Gab es diesen Konsens jemals wirklich, oder ist er nur ein Mythos? Stimmt also die Binsenweisheit, wonach die USA sich historisch durch weniger ideologisch motivierten Konflikt auszeichneten aus als andere westliche Gesellschaften? Es ist eine verwickelte, komplizierte Frage, bei der vieles von Definitionen abhängt und es daher schnell zu Missverständnissen kommen kann.¹ Eine lange Tradition hat sie in jedem Fall. Auch hier lässt sich, wie bei wohl so ziemlich allem anderen, mit Tocqueville beginnen, der schon in den 1830er Jahren feststellte, dass, ganz im Gegensatz zu seinem Heimatland Frankreich, „in den Vereinigten Staaten politische Körperschaften nie dermaßen in allgemeine Ideen verliebt [...] gewesen sind; nie begeisterte sich das ganze amerikanische Volk in gleicher Weise wie das französische des 18. Jahrhunderts für diese, und nie zeigte es einen so blinden Glauben an den Wert und die unbedingte Wahrheit irgendeiner Theorie.“² Amerikaner, so Tocqueville, hatten es „nicht nötig, ihre Denkweise den Büchern zu entnehmen; sie fanden sie in sich selbst.“³ Das lag nach Ansicht des Franzosen nicht so sehr in ihrer individualistischen Werthaltung begründet. Vielmehr war es die ausgebliebene Revolution und die Tatsache, dass sie bereits als freie Menschen in der Neuen Welt angekommen seien: insofern habe es keiner Theorie bedurft, keiner großen Ideen, um nach der Legitimation für den Sturz einer überkommenen Ordnung zu suchen.

In der Tradition Tocquevilles haben viele den vermeintlich pragmatischen, ideologiefreien Charakter des Landes beschreiben – wohlgerne stets vor dem Hintergrund des weltanschaulich zerklüfteten Europas. Auch Karl Mannheim, der 1929 mit seinem Buch „Ideologie und Utopie“ mit der Wissenssoziologie das moderne Analyseinstrument zum Verständnis der Ideologien einführte, hielt die Amerikaner für immun gegenüber großen Plänen. Dort schließlich habe es nie die für europäische Gesellschaften so charakteristische Spannung zwischen Idee und Wirklichkeit gegeben. Mannheim sprach vom „amerikanischen Bewusstsein“ als einer Geisteshaltung, die primär mit der „organisatorisch-technischen Wirklichkeitsbeherrschung“ befasst sei, und wenig Gedanken an radikale Transformationen verschwende.⁴ In eine ganz ähnliche Richtung gingen in den 1960er Jahren auch die Überlegungen des italienischen Politikwissenschaftler Giovanni Sartori,

1 Vgl. John Higham: The Cult of the „American Consensus“: Homogenizing Our Past, in: *Commentary*, 27, Februar 1959, S. 93-101.

2 Vgl. Alexis de Tocqueville: Über die Demokratie in Amerika. Beide Teile in einem Band, Deutscher Taschenbuch-Verlag, München 1976, S. 502.

3 Ebd., S. 488.

4 Vgl. Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, Bonn 1929, S. 240-241.

der zwischen „rationalistischen“ Kulturen einerseits und „empiristischen“ Kulturen andererseits unterschied. In rationalistischen Kulturen werde primär deduktiv gedacht: die Doktrin sei wichtiger als die Praxis, das Ziel wichtiger als die Mittel zu dessen Erreichung, Scheitern würde mit einer falschen Praxis erklärt. Anders die Kulturen des Empirismus. Sie gingen primär induktiv vor: Praxis sei wichtiger als Doktrin, die Mittel wichtiger als das Ziel, für ein Scheitern werde daher die Fehlerhaftigkeit der Theorie verantwortlich gemacht. Kulturen des Empirismus waren für Sartori die angelsächsischen Demokratien, Beispiele für Kulturen des Rationalismus Frankreich oder auch Deutschland. Die USA waren demnach – potentiell – ideologiefrei, während Frankreich und Deutschland eine „ideological mentality“ besäßen. Es war nicht schwer zu erkennen, welcher Kultur Sartori den Vorzug gab.⁵

Und Legion sind natürlich all die ungezählten Charakterisierungen der prinzipiellen Prinzipienlosigkeit der amerikanischen Parteien. Tocqueville lästerte über sie ebenfalls bereits in „Demokratie in Amerika“: „Als große Parteien bezeichne ich die, die sich mehr an die Grundsätze als an deren Folgen halten; sie befassen sich mit dem Allgemeinen und nicht mit den Einzelfällen, mit den Ideen und nicht mit den Menschen [...] Amerika hat große Parteien gehabt; sie bestehen heute nicht mehr.“⁶ James Bryce, nach Tocqueville der zweite große europäische Amerikaversteher, ging rund 60 Jahre später noch einen Schritt weiter, als er die amerikanischen Parteien als „Empty Bottles“ bezeichnete, die allenfalls unterschiedliche Etiketten trügen. Schließlich: „Neither party has anything definite to say on issues; neither party has any principles, any distinctive tenets.“⁷

Ihre Hochzeit und intellektuelle Verdichtung erfuhr die These von Amerikas glücklichem Entkommen von jenen ideologischen Konflikten, die die alte Welt fest im Griff hielten, fraglos nach 1945, unter dem Druck des Kalten Krieges. Es waren vor allem die Historiker der sogenannten „Consensus School“, die argumentierten, dass Amerikas Ideologiefreiheit Teil des „American Exceptionalism“ sei. Wobei „Ideologiefreiheit“ vielleicht etwas zu weit geht und wohl allenfalls bei einem der Vertreter dieser Schule, Daniel J. Boorstin, zutreffend war.⁸ Andere hingegen argumentierten im Grunde nicht mit der Ideologiefreiheit der USA, sondern stärker mit dem Argument der Hegemonie einer einzelnen Ideologie.⁹

5 Giovanni Sartori: Ideology and Belief Systems, in: *American Political Science Review*, 63, 1969, S. 398-441.

6 Tocqueville: Über die Demokratie in Amerika, a.a.O., S. 199-200.

7 Viscount James Bryce: *The American Commonwealth*, Indianapolis 1888, S. 344.

8 Daniel J. Boorstin: *The Genius of American Politics*, Chicago 1953, S. 8ff.

9 Vgl. zu dieser Unterscheidung: Bernhard Sternsher: *Consensus, Conflict, and American Historians*. Bloomington 1970, S. 4-7.

Diese Ansicht stand auch Pate bei dem häufig zitierten Diktum Richard Hofstadters: „As a nation, it had been our fate not to have ideologies but to be one.“¹⁰

Der prominenteste Vertreter dieser Interpretation war allerdings fraglos Louis Hartz, dessen Buch „The Liberal Tradition in America“ bis heute als inoffizielle Programmschrift der amerikanischen Consensus School gilt.¹¹ Nach Hartz habe sich in den USA aus verschiedenen Gründen – Fehlen einer feudalen Vergangenheit, fehlendes Klassenbewusstsein, die schiere Größe des Landes mit seinen Unmengen an freiem Raum – einzig eine liberale Ideologie im Sinne John Lockes durchsetzen können. Hartz selbst sprach von einem ideologischen „Monolithen“, neben dem sich andere Weltanschauungen nicht hätten entwickeln können.

Obgleich sich solche Charakterisierungen bis vor vielleicht zwei Jahrzehnten noch in zahlreichen Lehrbüchern zum politischen System der USA finden ließen, gelten sie vielen Historikern und Ideengeschichtlern heute als reichlich einseitige und idealisierte Interpretation der amerikanischen Geschichte.¹² Es ist vielleicht kein Zufall, dass die Kritik an Hartz und anderen besonders virulent wurde, als diese Deutung spätestens ab den 1970er Jahren mit der Gegenwart eines zunehmend polarisierten Landes immer weniger in Einklang stand und man die ideologischen Bruchlinien des Landes in die Vergangenheit zurückprojizierte. Kritisiert wurde vornehmlich die einseitige Betonung liberaler Mentalitäten zu Gunsten zahlreicher dezidiert antiliberaler Stränge des politischen Denkens. Vor allem Rogers M. Smith hat zu zeigen versucht, dass neben den von Hartz identifizierten Einflüssen auch stets andere Denktraditionen existierten – bisweilen im Zentrum politischer Macht und der amerikanischen Gesellschaft. Vor allem auf dem Gebiet des amerikanischen Südens, so Smith, habe eine quasi-feudale, reaktionäre Parallelgesellschaft existiert. Und schließlich, auch dies ein häufiger Einwand gegen die Argumente der *Consensus Historians*, habe das Land im Namen einer Idee – der Abschaffung der Sklaverei – gar einen blutigen Bürgerkrieg geführt.¹³

10 Richard Hofstadter: *Anti-Intellectualism in American Life*, New York 1963, S. 43.

11 Louis Hartz: *The Liberal Tradition in America*, 2. Auflage, New York 1991.

12 Vgl. hierzu James T. Kloppenberg: *Requiescat in Pacem: The Liberal Tradition of Louis Hartz*. In: Hulliung, Mark (Ed.): *The American Liberal Tradition Reconsidered. The Contested Legacy of Louis Hartz*, Kansas 2010, S. 90–124.; Sean Wilentz: *American Political Histories. History and Historians since 1907*. In: *Organization of American Historians (OAH) Magazine of History*, 21 (2), 2007, 23–27.; Carol Nackenoff: *Locke, Alger, and Atomistic Individualism Fifty Years Later: Revisiting Louis Hartz's Liberal Tradition in America*, in: *Studies in American Political Development* 19 (2) (2005), S. 206–215.

13 Rogers M. Smith: *Beyond Tocqueville, Myrdal, and Hartz. The Multiple Traditions in America*, in: *American Political Science Review* 87 (3), 1993, S. 549–566.

Andererseits: Lässt man den normativen Überschuss weg, der bei Hartz und anderen fraglos eine große Rolle spielte und einige der maßloseren Übertreibungen dieser Darstellung, und wählt dabei – und das ist in Wahrheit das Entscheidende – eine historisch vergleichende Perspektive, dann bleibt ein harter, unwiderlegbarer Kern dieser Thesen doch gültig. Zwar gab es natürlich ideologischen Konflikt in den USA. Auch waren die Parteien weltanschaulich nicht ganz so beliebig, wie es Bryce Aperçu von den „Empty Bottles“ glauben machen wollte. Insbesondere John Gerring hat gezeigt, dass die amerikanischen Parteien ihre gesamte Geschichte hindurch zu vielen nationalen Streitfragen gegensätzliche Standpunkte eingenommen haben.¹⁴ Und gewiss wiesen die USA theoretisch die gesamte Brandbreite ideologischer Alternativen auf, vom Ku-Klux-Klan bis zur Kommunistischen Partei. Nur: Welche dieser Bewegungen wäre damit jemals ins Zentrum der amerikanischen Politik vorgedrungen? Auch wenn es eine schon fast triviale Übung in historischer Komparatistik ist, sollte man es noch einmal durchdeklinieren: Es gab in den USA, ein Land in dem die Arbeitskämpfe fraglos häufig mit besonderer Bereitschaft zur militanten Gewalt ausgefochten wurden, keine sozialistische Bewegung und Partei, die mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg die kapitalistische Wirtschaftsordnung herausgefordert hätte.¹⁵ Ebenso gab es keine Partei, die sich der Restauration einer alten feudalen Ordnung verschrieben hätte (denn es gab nie eine), oder aber, als diese Hoffnung endgültig zur Fiktion geworden war, sich wenigstens auf die Verteidigung der Prinzipien des Christentums zurückgezogen hätte. Auch dies lag darin begründet, dass die amerikanischen „Revolutionäre“ nicht den Kampf gegen eine Staatskirche hatten führen müssen und daher auch weder antiklerikal noch antireligiös eingestellt waren. Doch wo es keinen Robespierre gab, da konnte es auch keinen de Maistre geben. So fehlten bereits die zwei wesentlichen Achsen der europäischen Cleavage-Struktur. Im Übrigen war auch der Zentrums-Peripherie-Konflikt, der für die Herausprägung der Konfliktlinien in Europa ebenfalls von großer Bedeutung war, in den USA zunächst sehr viel weniger ausgeprägt – schließlich war das Land bei seiner Gründung ein Konglomerat von Peripherien gewesen, nämlich die 13 abgefallenen Kolonien, die sich unter dem Dach einer schwachen Zentralregierung vereinten – „a union of peripheries.“¹⁶

14 Vgl. John Gerring: *Party Ideologies in America 1828-1996*, Cambridge 2001.

15 Vgl. Seymour Martin Lipset/ Gary Marks: *It Didn't Happen Here: Why Socialism Failed In The United States*, New York 2001.

16 Vgl. Sergio Fabbrini: *Compound Democracies. Why the United States and Europe are Becoming Similar*, Oxford 2007, S. 109ff.

Wenn sich in den USA Entwicklungen krisenhaft zuspitzten, dann traten keine Gegeneliten mit völlig alternativen Rezepten auf den Plan, sondern es erfolgte eine Reformation und Reformulierung auf der Grundlage des bestehenden Systems. Paradigmatisch dafür steht Roosevelts „New Deal“, und zwar gerade weil es eine der Phasen des radikalsten Umbaus der Architektur von Staat und Gesellschaft in der amerikanischen Geschichte war. Und doch stimmen die meisten Historiker darin überein, dass dem „New Deal“ nicht nur jedes revolutionäre Potenzial fehlte, sondern letztlich auch jedes klare Programm, es sich vielmehr um ein Sammelsurium disparater Reformvorstellungen handelte.¹⁷ Exemplarisch hierfür scheint noch immer Roosevelts Satz während des Wahlkampfes 1932 zu stehen „What the county need is bold, persistent experimentation. It is common sense to take a method and try it; if it fails, admit it frankly and try another. But above all, try something.“¹⁸ Das scheint die Meinung Sartoris und anderer zu bestätigen: Amerikaner waren eben Empiristen, nicht Rationalisten. Zwar gab es in diesen als Krise wahrgenommenen Phasen auch sozialen Protest, oft von eruptiver Gewalttätigkeit begleitet. Aber entweder blieb dieser so peripher und marginalisiert, dass die Wirkung gleich null war. Oder es gilt, was der israelische Soziologe S.M. Eisenstadt über die Zielorientierung amerikanischer Protestbewegungen, ob nun Populisten, *Progressives* bis noch hin zur schwarzen Bürgerrechtsbewegung, schrieb: Anders als in Europa betonten diese Protestbewegungen nie den Bruch mit den Werten der Mehrheitskultur, sondern zielten auf das normativ-ideelle „Zentrum“ der amerikanischen Gesellschaft: Es ging um Anerkennung, Teilhabe, um ein Stück vom Kuchen des „amerikanischen Traums“. ¹⁹ Keine dieser Gruppen brach daher grundsätzlich mit den Prämissen der breiten amerikanischen Integrationsideologie – sondern forderte deren Erneuerung und Einhaltung. Und jede dieser Gruppen fürchtete nichts mehr als den Vorwurf, „unamerikanisch“ zu sein und damit außerhalb der nationalen Gemeinschaft gestellt zu werden. Selbst auf dem Höhepunkt der Krise des kapitalistischen Systems, in der Großen Depression der 1930er Jahre, warb die Kommunistische Partei der USA für ihre Ideen mit dem

17 Sehr pointiert Richard Hofstadter, *The Age of Reform. From Bryan to FDR*, New York 1955.

18 Zitiert nach David M Kennedy: *Freedom from Fear. The American People in Depression and War 1929-1945*, Oxford 1999, S. 104.; vgl. hierzu auch die Darstellung über den New Deal und den amerikanischen Liberalismus bei Michael Foley: *American Credo. The Place of Ideas in US Politics*, Oxford (UK) 2007.

19 Vgl. Shmuel N. Eisenstadt: *Die Vielfalt der Moderne*, Weilerswist 2000, insbesondere, S. 46ff.

Slogan, dass Kommunismus nichts anderes sei als „twentieth century Americanism.“²⁰ Sie wären wohl im Traum nicht auf den Gedanken verfallen, auf diesen Vorwurf so zu antworten, wie es etwa 100 Jahre zuvor Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“ getan hatten, als sie in radikaler Weise den Erwartungshorizont des bürgerlichen Klassenfeindes unterliefen: „Den Kommunisten ist ferner vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“²¹

In Europa konkurrierten eben universalistische, transnationale Ideologien mit nationaler Identität; in den USA aber war dies anders, weil Amerika selbst eine Idee, kein organisch gewachsenes, durch linguistische oder ethnische Grenzen definiertes Gemeinwesen war. Man wurde nicht durch sein Blut Amerikaner, sondern durch Zustimmung zu dieser Idee, hielt aber auch danach einen Teil seiner ethnischen Wurzeln und Identität aufrecht. Und diese Idee, die im Inneren der amerikanischen Gesellschaft übermächtig herrschte, lässt sich in der Tat am besten noch immer mit Samuel Huntington und anderen als „American Creed“ bezeichnen. Zum „Creed“ gehören Werte wie Freiheit, Gleichheit, Demokratie und Individualismus. Wem diese Aufzählung ein wenig widersprüchlich anmutet – wie z.B. die Zusammenführung von Gleichheit und Freiheit –, der irrt nicht unbedingt. Der „American Creed“, wie Huntington ihn beschrieben hat, war und ist eben keine Ideologie im Europäischen Sinne, die nach Kohärenz gestrebt hätte, sondern, so Huntington, ein „amorphus amalgam of goals and values“.²² Im „American Creed“ wurde nicht zwischen diesen verschiedenen Elementen priorisiert, sondern die einzelnen Elemente standen ohne Hierarchie nebeneinander. Freilich, was dem „Creed“ an Bestimmtheit fehlte, das machte er mehr als wett durch seine beträchtliche Reichweite, da sich auf dieses reichlich unpräzise Ideen-Konglomerat die meisten Amerikaner verständigen konnten, oder jedenfalls jene, die als gesellschaftliche und politische Eliten den Takt des Landes weitgehend

20 Vgl. E.J. Dionne: *Our Divided Political Heart: The Battle for an American Idea in an Age of Discontent*, New York 2012, S. 54.

21 Marx-Engels-Werke, Bd.4, Institut für Marxismus und Leninismus beim ZK der SED in Berlin, Berlin 1977, S. 479; vgl. auch Philipp Erbentraut/Torben Lütjen: Eine Welt zu gewinnen. Entstehungskontext, Wirkungsweise und Narrationsstruktur des „Kommunistischen Manifests“, in: Johanna Klatt/Robert Lorenz: *Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells*, Bielefeld 2011. S. 73-98.

22 Samuel P. Huntington: *American Politics and the Promise of Disharmony*, Cambridge 1981, S. 15.

bestimmten. Das schloss, wie in jeder guten monotheistischen Religion, auch intensiven Konflikt natürlich nicht aus, doch drehte sich dieser um die Auslegung, nicht um die Infragestellung des „American Creed“.

Aus dieser Perspektive ist die Aussage, wonach die USA historisch über eine geringere ideologische Pluralität als die alte Welt verfügte, und sich weniger durch den Konflikt rivalisierender, unversöhnlicher Ideologien auszeichnete, natürlich gültig. Und wenn solche Interpretationen – auch da, wo sie in ihrer Beschreibung übertrieben waren – in den Jahren nach 1945 besondere Konjunktur hatten, so lag das wohl nicht nur am Kontrast zwischen der amerikanischen Geschichte und dem Horror der jüngeren Europäischen Historie. Überdies erschien die amerikanische Gesellschaft in den 1950er Jahren geradezu als Zuspitzung der gerade beschriebenen Entwicklungsimperative, da die noch bestehenden Differenzen in diesen Jahren weiter an Bedeutung zu verlieren schienen. Die USA dieser Epoche waren das Land des sogenannten „Konsensliberalismus“: eine Mischung aus freier, aber keynesianisch abgestützter Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaatstaatlichkeit und technokratischer Gesellschaftsplanung, flankiert freilich von einem strikten Antikommunismus. Unter den Intellektuellen des Landes galt diese Synthese quasi als der Endpunkt jedweder ideologischen Evolution.²³ „These, without doubt, are the years of the liberal“, schrieb triumphal der Ökonom John Kenneth Galbraith, ein Vordenker des Konsensliberalismus, noch im Jahr 1964. „Almost everyone now so describes himself.“²⁴ Die in diesen Jahren äußerst präsenste Diskussion um ein mögliches „Ende der Ideologien“ war zwar eine transatlantische Diskussion, da man glaubte, ähnliche Entwicklungen auch in Europa zu beobachten.²⁵ Doch es war kein Zufall, dass der prominenteste Vertreter dieser Diskussion ein amerikanischer Soziologe war: Daniel Bell.²⁶ Die Propagandisten der Idee vom Heraufdämmern eines postideologischen Zeitalters dachten letztlich aus einer ungebrochenen Modernisierungsperspektive heraus: Moderne Gesellschaften waren auf Ideologien im Grunde nicht länger angewiesen – was die USA als Prototyp

23 Vgl. mit Bezug auch auf die besondere Ausstrahlungskraft nach Europa: Julia Angster: *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*, München 2003; Michael Hochgeschwender: *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998.

24 Vgl. John Micklethwait/Adrian Wooldridge: *The Right Nation*, New York 2005, S. 9.

25 Vgl. die Beiträge in Chaim Waxman: *The End of Ideology Debate*, Touchstone 1969; Russel Jacoby: *The End of Utopia*, New York 1999.

26 Daniel Bell. *The End of Ideology: On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*, New York 1960.

moderner Gesellschaften besonders dazu prädestinierte, auf dem Weg der Entideologisierung voranzuschreiten.²⁷

Trotz all der Kübel voller Spott, die man später über Bell und andere Verlautbarer eines wohl etwas zu voreilig ausgerufenen „Ende der Ideologien“ ausgießen sollte: wer sich die USA der Eisenhower-Jahre anschaute, kam wohl kaum umhin, solche Ideen zumindest im Ansatz plausibel zu finden. Im amerikanischen Kongress musste man schon mit der Lupe suchen, um wirkliche weltanschauliche Differenzen zwischen den Parteien zu finden. Es war insofern wenig verwunderlich, dass „Ike“ sich im Vorfeld seiner Präsidentschaftskampagne 1952 lange mit der Entscheidung plagte, ob er denn nun das Demokratische oder Republikanische „Ticket“ annehmen sollte – angetragen worden war ihm die Präsidentschaft schließlich von beiden Seiten. Es war nicht etwa so, dass Eisenhower sich ideologisch in der Mitte zwischen diesen beiden Parteien wähnte. Vielmehr war es nicht ganz einfach zu sagen, welche der beiden Parteien denn nun „linker“ oder „rechter“ bzw. „liberaler“ oder „konservativer“ war. Demokraten und Republikaner waren „Umbrella Parties“, die unter ihrem breiten Schirm eine denkbar bunte Koalition von Gruppen beheimateten. Das Organisationsprinzip amerikanischer Parteien war der Faktionalismus im Sinne einer Akzeptanz einer möglichst breiten ideologischen Koalition unter größtmöglicher Gewährung von Autonomie der regionalen Gliederungen der Partei.²⁸ Im Grunde erklärt dieses Organisationsprinzip den Erfolg amerikanischer Parteien, andere Wettbewerber effektiv auszuschalten, da es den Akteuren vor Ort erlaubte, so weit wie möglich auf die Präferenzen ihrer Wählerbasis einzugehen und deren Bedürfnisse und Wünsche flexibel in die eigene Plattform einzubauen.

Besonders heterogen war dabei die Koalition der Demokratischen Partei. Spätestens seit dem New Deal waren sie zwar zu jener Partei geworden, die Staatsingriffen sehr viel positiver gegenüber stand als die Republikaner. Auch vertrat sie, aller regionalen Differenzen ungeachtet, sehr viel mehr Wähler aus der Arbeiterklasse. Allerdings beheimatete die von Roosevelt geschmiedete New Deal-Koalition eben auch Demokraten aus dem Süden. Wirtschafts- und sozialpolitisch standen auch diese insgesamt im „linken“ Lager; in anderen Fragen aber tendierten sie weit nach rechts. Viele von ihnen waren ganz offene Befürworter der Rassentrennung, zudem oft Anhänger einer sehr konservativen Spielart des Protestantismus, die uns in diesem Kapitel noch beschäftigen wird.

27 Vgl. sehr prägnant Robert E. Lane: *The Decline of Ideology in a Knowledgeable Society*, in: *American Sociological Review*, Vol. 31 (5), 1966, S. 649-662.

28 Vgl. Leon Epstein: *Political Parties in the American Mold*, Wisconsin 1986; Daniel Di Salvo: *Engines of Change. Party Factions in American Politics*, Oxford 2012.

Auf dem Gebiet der alten Konföderation galten die Republikaner auch in den 1960er Jahren zunächst noch vor allem als die Partei des Sklavenbefreiers Abraham Lincoln und waren damit für die meisten Weißen praktisch unwählbar, während Afro-Amerikaner durch die diskriminierende „Jim-Crow“-Gesetzgebung von Wahlen fast vollständig ferngehalten wurden. Zwischen North Carolina und Louisiana war die „Grand Old Party“ nirgendwo auch nur annähernd wettbewerbsfähig. Im amerikanischen Süden, für die Demokraten als „Solid South“ bezeichnet, herrschte ein faktisches Ein-Parteien-System.

Die Konsequenz war, dass die Parteien im Kongress in Washington bunt zusammengewürfelte Formationen waren. Nach Ansicht manchen Beobachters verbarg sich in diesen Jahren unter der Oberfläche eines Zwei-Parteien-Systems eigentlich ein Vier-Parteien-System: liberale und moderate Demokraten und Republikaner, größtenteils von der Ost- und Westküste und aus den Industrieregionen des Mittleren Westens, konservative Demokraten aus dem Süden und konservative Republikaner aus dem Mittleren Westen und anderen ländlichen Regionen.²⁹ Das ist eine gewiss etwas holzschnittartige Darstellung, die dem tatsächlichen ideologischen und regionalen Pluralismus auf dem Capitol Hill nur teilweise gerecht wird. Sie macht jedoch deutlich, dass irgendeine Form von Fraktionsdisziplin auf dem Capitol Hill nur ein frommer Wunsch sein konnte. Am meisten schien die Beliebigkeit der amerikanischen Parteien die Zunft der amerikanischen Politologen zu frustrieren. 1950 etablierte die „American Political Science Association“ gar eine Task Force, die sich mit dem – nach Meinung der meisten Politologen des Landes – erbärmlichen Zustand der weltanschaulich angeblich völlig beliebigen und ununterscheidbaren amerikanischen Parteien beschäftigen sollte. Die Autoren, unter ihnen fraglos die damals größten Autoritäten ihrer Zunft, empfahlen eine Orientierung auf die parlamentarischen Systeme Westeuropas mit ihrem eindeutigen ideologischen Dualismus (oder Pluralismus).³⁰ An diesen Report ist in den letzten Jahren oft erinnert worden, scheint er doch ein exzellentes Beispiel für die Mahnung zu sein, man solle mit seinen Wünschen vorsichtig vorgehen – sie könnten schließlich wahr werden.³¹

29 Vgl. Ronald Brownstein: *The Second Civil War: How Extreme Partisanship has Paralyzed Washington and Polarized America*, New York 2008, S. 62.

30 Committee on the Political Parties. *Toward A More Responsible Two-Party System – A Report of the Committee on Political Parties*, American Political Science Association, 1950.

31 Vgl. Nicol C. Rae: *Be Careful What You Wish For: The Rise of Responsible Parties in American National Politics*, in: *Annual Review of Political Science*, 10, 2007, S. 169-171.

Kurzum: Nichts schien zu Beginn der 1960er Jahre dafür zu sprechen, dass die USA in nicht allzu langer Zeit zu einem Treibhaus ideologischer Polarisierung werden könnten. Doch unter der Oberfläche des Parteienkonsenses hatten sich längst Kräfte formiert, die in eine ganz andere Richtung drängten. Mit dem Zusammenbruch des „Amerikanischen Konsenses“ verhielt es sich ein wenig wie mit der französischen Revolution in einer der Charakterisierungen Tocquevilles: so unvorhergesehen, und doch so unvermeidlich.

DER STRATEGIEWECHSEL DER DEMOKRATISCHEN PARTEI UND DAS *SOUTHERN REALIGNMENT*

Die Anomalie eines Ein-Parteien-Systems in den Südstaaten ist der erste Dominostein der fällt und durch den alles Weitere in Bewegung gesetzt wird. Welches andere Ereignis auch sonst an der ideologischen Spaltung Amerikas mitgewirkt hat – ohne das sogenannte „Southern Realignment“, verlöre jede andere Erklärung ihren Sinn. Gemeint ist damit die schrittweise Abwendung weißer, konservativer Südstaatler von der Wählerkoalition der Demokratischen Partei und ihre Hinwendung zu den Republikanern. In der Politikgeschichte der USA ist dies fraglos der folgenreichste Prozess der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das „Southern Realignment“ wird nicht nur die New Deal Koalition Franklin D. Roosevelts pulverisieren. Sie wird auch dafür sorgen, dass langfristig beide Parteien in ihrem Kern homogener werden, während die Unterschiede zwischen ihnen beträchtlich wachsen sollten. Erst das aber schuf überhaupt die Voraussetzung für einen ideologisch sehr viel akzentuierteren Parteienwettbewerb, wodurch es für nationale Parteieliten zu einer rationalen Strategie wurde, ideologisch sehr akzentuierte Botschaften auszusenden, auch an Orte außerhalb des amerikanischen Südens – an Orte etwa wie Dane und Waukesha County in Wisconsin.

Hinter dem politischen Repräsentanzwechsel des amerikanischen Südens steckte, jedenfalls zu Beginn, noch keine ausgeklügelte Strategie der Republikanischen Partei. Es waren die Demokraten, die diesen Prozess einleiteten – aber erst nach schweren und heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen dem liberalen und dem konservativen Parteiflügel. Der Spaltpilz war die Frage der faktischen Rassentrennung im Süden der USA und wie man auf die seit den 1950er Jahren dort stetig erstarkende schwarze Bürgerrechtsbewegung reagieren sollte.

Der liberale Flügel der Partei, der seine Basis ganz überwiegend im Nordosten des Landes hatte, sympathisierte zwar mit den Zielen der Bewegung, wie man überhaupt außerhalb des Gebietes der alten Konföderation die Verhältnisse in den Südstaaten auch weiterhin für die große Schande und klaffende moralische Wunde im Inneren der amerikanischen Gesellschaft hielt.

Der Supreme Court hatte in seiner Entscheidung „Brown vs. Board of Education“ die faktische Rassentrennung im Süden bereits 1954 als verfassungswidrig verurteilt. Dennoch ging die Aufhebung der Segregation nur sehr schleppend voran. Es gab spektakuläre Aktionen, wie 1957 in Little Rock, Arkansas, als Präsident Eisenhower zunächst die Nationalgarde und dann schließlich sogar die 101. Luftlandedivision schickte, um neun schwarzen Schülern den Zugang zu einer Schule zu ermöglichen, vor dem ein weißer Mob randalierte. Von solchen spektakulären Aktionen abgesehen aber blieben die Verhältnisse katastrophal, insbesondere in den Staaten des „Deep South“ wie Alabama, Mississippi oder Louisiana. Die liberalen Parteieliten der Demokratischen Partei scheuten in den 1950er Jahren aus strategischen Gründen den offenen Konflikt mit den konservativen „Parteifreunden“ aus dem Süden. Das galt auch Anfang der 1960er Jahre noch für den mit großen Erwartungen ins Amt gekommenen John F. Kennedy. Denn die Koalition, der er seinen äußerst knappen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 1960 zu verdanken hatte, war ebenfalls extrem heterogen und ohne die Unterstützung konservative Südstaatler kaum möglich gewesen.

Das alles änderte sich erst, als das Civil Rights Movement unter der Führung von Martin Luther King Anfang der 1960er in immer spektakuläreren Protestaktionen, die immer heftigere, brutalere Reaktionen von Justiz und Polizei im Süden der USA provozierten, endgültig die nationale Aufmerksamkeit absorbierte.³² Insbesondere in den liberalen, aufgeklärten, urbaneren Regionen des Landes – dort also, wohin die Macht innerhalb der demokratischen Partei während der letzten drei Jahrzehnte sukzessive hingewandert war – war man über die Exzesse der staatlichen Autoritäten, aber auch das Verhalten vieler normaler Bürger in der Staaten der alten Konföderation, entsetzt. Die Forderungen, gegen diese Verhältnisse – fast genau 100 Jahre nach dem Ende der Sklaverei – viel energischer als bisher vorzugehen, wurden immer drängender und vehementer. Auch hatte seit Ende der 1950er Jahre im amerikanischen Kongress sukzessive ein Generations-

32 Vgl. Doug McAdam: The Framing Function of Movement Tactics: Strategic Dramaturgy in the Civil Rights Movement, in: Doug McAdam, John D. McCarthy, Mayer N. Zald (Hg.): Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings, Ann Arbor 1996.

wechsel stattgefunden. Jüngere Abgeordnete, sensibler für Fragen der Gleichberechtigung zwischen schwarz und weiß, waren nachgerückt.³³ Ein weiterer Faktor war die Migration vieler Afroamerikaner seit den 1940er Jahren aus dem Süden in den Nordosten des Landes und in die Industrieregionen des Mittleren Westens. Sie wurden dort in einigen Bundesstaaten zu einer entscheidenden und daher stark umworbenen Wählergruppe.³⁴ Mit diesen Entwicklungen veränderte sich die Kalkulation der demokratischen Partieliten: Anfang der 1960er Jahre schien der Bruch mit dem Südstaaten-Flügel der Partei plötzlich nicht mehr so abwegig wie noch einige Jahre zuvor und seit dem Sommer 1963 steuerte auch Kennedy auf diesen Konflikt offen zu.

Kennedys Ermordung im November 1963 beschleunigte diesen Prozess. Nach den Schüssen von Dallas fühlte sich der amerikanische Liberalismus moralisch eindeutig in der Offensive. So wuchs die Entschlossenheit, auch auf Kosten eines innerparteilichen Konfliktes sehr viel entschiedenere Maßnahmen zu ergreifen: Im Juli 1964, unter der Präsidentschaft von Kennedys Nachfolger Lyndon B. Johnson, wurde der „Civil Rights Act“ erlassen, der eine Reihe von Maßnahmen vorsah, um die faktische Rassentrennung in den USA aufzuheben und dabei dem Justizministerium in Washington weitreichende Befugnisse zur Durchsetzung einräumte. Lyndon B. Johnson selbst hatte wenig Illusionen darüber, welche Konsequenzen seine Unterschrift unter das neue Gesetz haben würde: „We delivered the South to the Republican Party for your lifetime and mine“ teilte er einem engen Berater noch am Abend nach der Unterzeichnung in einem Anflug böser Vorahnungen mit.³⁵ Es war eine Prophezeiung, die schon bald in Erfüllung gehen sollte, aber nicht ganz präzise war: Der Verlust sollte noch viel länger nachwirken.

Es war in der Tat der Anfang vom Ende des „Solid South“ für die Demokraten. Schon 1968 sollte Richard Nixon vor allem auf seine „Southern Strategy“ setzen und damit das Weiße Haus erobern. Und da die Republikaner parallel hierzu ihre Bastionen an der liberalen Ost- und Westküste verloren, schuf das Southern Realignment sehr viel homogenere Parteibasen und beendete den extremen Faktionismus, der bis dahin die Kultur beider Parteien bestimmt hatte. Ein paar Mal sollte das Pendel noch umschlagen, etwa 1976, als der Demokrat Jimmy Carter, ein gläubiger evangelikaler Christ aus Georgia, den Süden gewann bei seinem Einzug ins Weiße Haus. Auch Bill Clinton sollte bei seinen Siegen 1992 und 1996 noch

33 Vgl. Edward Carmines/James Stimson: *Issue Evolution: Race and the Transformation of American Politics*, Princeton 1990.

34 Vgl. Keneshia Grant: *Relocation and Realignment: How the Great Migration Changed the Face of the Democratic Party*, Dissertation, 2014, Syracuse University, online abrufbar unter: <http://surface.syr.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1121&context=etd>

35 Zit. nach Bruce J. Dierenfield: *The Civil Rights Movement*, Edinburgh 2008, S. 94.

einige Staaten in „Dixie-Land“ für sich gewinnen, und im Kongress waren noch bis in die 1990er Jahre konservative Demokraten vertreten, was belegt, wie lange der Homogenisierungsprozess dauerte. Langfristig aber war der Siegeszug der Republikaner dort nicht aufzuhalten.

Und doch hat diese scheinbar so einfache, lineare Erzählung ihre ganz eigenen Aporien. Denn auch wenn es liberale Demokraten waren, die diese Wende einleiteten und besonders stark auf die Verabschiedung des Civil Rights Act drängten: zwingend war es nicht, dass allein schon deswegen die Republikaner zur Partei konservativer Südstaatler wurden. Das zeigt schon die Analyse des Abstimmungsverhaltens im amerikanischen Kongress. Im Senat etwa hatte es 27 Gegenstimmen gegen den Civil Rights Act gegeben. Nur sechs der Gegenstimmen aber waren von Republikanern gekommen – 21 hingegen von demokratischen Senatoren, allesamt aus dem Süden der USA.

Wenn die Grand Old Party dennoch in kurzer Zeit zur Heimat konservativer Wähler zwischen North Carolina und Texas werden sollte, dann lag dies in einer folgenschweren Koinzidenz begründet. Zur selben Zeit nämlich, aber eben zunächst gar nicht ursächlich mit diesem Konflikt verknüpft, setzte sich innerhalb der Republikanischen Partei der lange Zeit marginalisierte konservative Parteiflügel durch – und zwar in Person des Präsidentschaftskandidaten von 1964, Barry Goldwater. Er war einer der sechs republikanischen Senatoren gewesen, die gegen den Civil Rights Act gestimmt hatten. Der Senator aus Arizona hatte dies mit dem Verweis auf die Verteidigung der Rechte der Einzelstaaten getan, der *State Rights*, die die Bundesregierung in Washington zu respektieren hätten – ein Argumentationsmuster, das fortan von Konservativen häufig herangezogen wurde, wenn man mit der in Washington beschlossenen Politik nicht zufrieden war. Für die Konservativen innerhalb der Partei, damals noch immer in der Minderheit, war Goldwater jedoch schon zuvor zum Helden geworden. Spätestens seitdem er 1960 mit einem Manifest mit dem Namen „Conscience of a Conservative“ hervorgetreten war, galt er als eine der lautstärksten Stimmen gegen den liberalen Nachkriegskonsens. Nach der Veröffentlichung des Buches waren Hunderte von „Goldwater for America“ Clubs im ganzen Land wie Pilze aus dem Boden geschossen und finanziell äußerst potente Unternehmer hatten ihn seitdem förmlich beknetet, um die republikanische Präsidentschaftskandidatur anzutreten.³⁶ Denn kaum jemand hatte so aggressiv und brachial gegen die Weiterführung der Politiken des New Deal agitiert wie Goldwater. Seinen nationalen Aufstieg hatte er größtenteils seiner Opposition gegen die Gewerkschaften zu verdanken. Den Chef der mächtigen Auto-

36 Vgl. Rick Perlstein: *Before the Storm: Barry Goldwater and the Unmaking of the American Consensus*, New York 2001.

Gewerkschaft UAW, Walter Reuther, hielt er nach eigenem Bekunden für eine größere Gefahr für die Freiheit Amerikas als das gesamte Zentralkomitee der KPDSU – es waren harte Sätze von einem Mann, der seinerseits immerhin als militanter Anti-Kommunist galt. Auch den republikanischen Präsidenten der Jahre 1952-1960, Dwight D. Eisenhower, trafen Goldwaters Tiraden: dieser nämlich sei den „Sirenenängeln“ des Sozialismus verfallen. Nichts bedrohe so sehr die Freiheit in Amerika wie der schleichende Prozess des „socialism through welfarism“. ³⁷ Wem diese Worte merkwürdig aktuell erscheinen, der täuscht sich nicht: Mit Goldwater war die undifferenzierte Gleichsetzung jedes staatlichen Eingriffes mit dem Wort „Sozialismus“, die insbesondere in den Jahren nach 2008 ff. wieder große Konjunktur auf der amerikanischen Rechten bekommen sollte, zum ersten Mal in den Mainstream der Republikanischen Partei eingesickert.

1964 gelang es Goldwater tatsächlich, die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei zu erringen. Die wahren Mehrheitsverhältnisse in der Partei spiegelte das zu diesem Zeitpunkt noch nicht wieder, diese wurde weiterhin vom liberalen Flügel dominiert. Goldwaters Nominierung verdankte sich vor allem einer äußerst effizienten Organisationsarbeit an den Graswurzeln der Partei, wodurch er viele Delegiertenstimmen für den Nominierungsparteitag in San Francisco einsammeln konnte (1964 gab es erst sehr wenige Vorwahlen, die meisten Delegierten wurden in der Regel von den State Parties entsandt), sowie den amourösen Eskapaden seines liberalen innerparteilichen Widersachers, Nelson D. Rockefeller. Die Goldwater-Kandidatur spaltete die Partei zutiefst, auf dem Nominierungsparteitag der Republikaner im Juli 1964 in San Francisco spielten sich tumultartige Szenen ab. Aber alle Versuche des liberalen Parteiflügels, seine Kandidatur noch zu verhindern, scheiterten. In der Tat pflügte Goldwater mit seinem auf Provokationen und Tabubrüche ausgerichteten Wahlkampf die bis dahin an der Oberfläche so konsensuale amerikanische Politik einmal komplett um. Er hatte angekündigt „a choice, not a echo“ zu präsentieren, und er hielt sein Versprechen. Den Demokraten fiel es vom ersten Tag an leicht, ihn als gefährlichen Extremisten darzustellen, dem man wohl kaum das höchste Amt des Staates inklusive des Nuklearwaffen-Arsenals einer Supermacht anvertrauen könnte. Auch abseits seiner Attacken gegen die Gewerkschaften und den Sozialstaat ließ er kaum eine Provokation aus. Im Kampf gegen den Vietkong hatte Goldwater angeregt, auf kleine taktische Atombomben zu setzen. Er schreckte ebenfalls nicht davor zurück, einen nicht gerade kleinen Teil des Landes pauschal zu beleidigen: „Sometimes I think this country would be better off, if we could

37 James T. Patterson: *Grand Expectations. The United States, 1945-1974*, Oxford 1996, S. 557.

just saw off the Eastern seaboard and let it float out to the sea“³⁸, meinte Goldwater, als er sich wieder einmal frustriert über die vermeintliche Arroganz des liberalen Ostküsten-Establishments zeigte. „In your heart you know he is right“, lautete der Slogan der Goldwater-Kampagne; „In your gutts you know he’s nuts“, texteten daraufhin Johnsons Wahlkampfmanager zurück; letzteres schien in den Augen der meisten Amerikaner der Realität näher zu kommen. Selbst innerhalb der eigenen Partei versagten viele Goldwater die Unterstützung und sprachen sich öffentlich für Johnson aus.

So kam, was kommen musste: Goldwater verlor die Wahl. Und zwar auf fast schon epische Weise. Gerade einmal sechs von 50 Bundesstaaten konnte er gewinnen und erreichte gerade einmal 38% der Stimmen. Es war ein Desaster, und niemand schien überrascht, wahrscheinlich nicht einmal Goldwater selbst, dem es eher darum gegangen war, die Fronten zu klären, als dass er ernsthaft daran geglaubt hätte, Präsident zu werden. Den Zeitgenossen erschien Goldwater als eine Fußnote der Geschichte, eine kurzzeitige Abweichung vom Pfad des amerikanischen Konsenses – und nicht, wie wir heute wissen, als Anfang vom Ende desselbigen. Für Amerikas damals fraglos deutungsmächtigsten Historiker, Richard Hofstadter, war das, was Goldwater zu sagen hatte, überhaupt keine Ideologie, nicht einmal ein Programm, ja im Grunde nicht mal Politik, sondern eine klinisch zu diagnostizierende Pathologie. Hofstadter nannte es einen „Pseudo-Konservatismus“, gespeist aus Status-Unsicherheiten und einer kräftigen Prise Paranoia.³⁹ „When, in all our history“, hatte er bereits wenige Monate vor der Wahl im Oktober 1964 im *New York Review of Books* geschrieben, „has anyone with ideas so bizarre, so archaic, so self-confounding, so remote from the basic consensus, ever got so far?“⁴⁰ Nur ein Gutes, meinte Hofstadter etwas später, habe das Ganze vielleicht gehabt, sei der Wahlkampf doch so etwas wie eine gigantische Psychotherapie für Goldwaters Anhänger gewesen, die auf diese Weise von ihrer mentalen Krankheit vielleicht ein Stück weit genesen könnten: ein letztes, reaktionäres Hurra auf dem Weg zu einer modernen, toleranten, aufgeklärten, eben: liberalen Gesellschaft.⁴¹

Doch Hofstadter lag falsch – und mit ihm beinahe die gesamte Deutungselite des Landes. Goldwater hatte fast überall im Land grandios verloren; doch viel

38 Zitiert nach Theodor White. *The Making of the President 1964*, New York 1965, S. 109.

39 Vgl. Richard Hofstadter: *Goldwater and Pseudo-Conservative Politics*, in: ders. (Hg.), *The Paranoid Style in American Politics and other Essays*, New York 2008, S. 93-141.

40 Vgl. ders.: *A Long View: Goldwater in History*, in: *The New York Review of Books*, 8. Oktober 1964.

41 Vgl. ebd.

interessanter war, wo er *nicht* verloren hatte: abgesehen von seinem Heimatstaat Arizona eben vor allem im tiefen Süden der USA. Doch es war nicht das „Southern Realignment“ allein. Die Kampagne von 1964 fand auch anderswo im Land ein Echo. Denn entgegen all den luziden Gegenwartsdiagnosen war Goldwater natürlich keineswegs einfach nur ein exzentrischer, etwas kauziger Außenseiter. Für die Positionen, die er vertrat, hatte es in der amerikanischen Gesellschaft schon immer eine Basis gegeben, nur, dass diese Traditionslinien in den 1960er Jahren, als die Vorherrschaft des Liberalismus so unerschütterlich erschien, verschüttet waren. Es war die Idee eines quasi uneingeschränkten Individualismus, gepaart mit der Ablehnung staatlicher Regulierung, aus denen sich Goldwaters Aversion gegen die vermeintliche Sozialdemokratisierung des Landes nährte. Insbesondere in der Zeit des *Gilded Age* zum Ende des 19. Jahrhunderts – nicht umsonst jene Ära, die heute von vielen Republikanern für das goldene Zeitalter vor dem Sündenfall gehalten wird – hatte dieses Laissez-Faire-Denken, gepaart mit einem kräftigen Schuss Sozialdarwinismus, das Denken der politischen und wirtschaftlichen Eliten maßgeblich bestimmt.⁴² Auch die aus europäischer Sicht schon paranoide Angst vor der Macht der Zentralregierung hatte natürlich sehr alte, historische Wurzeln, die sich bis in die Diskussionen der Gründerzeit der USA, als *Federalists* und *Anti-Federalists* über die Verfassung der Union und die Befugnisse der Bundesregierung stritten, zurückverfolgen lassen.

Doch konstituierten sich die verschiedenen Stränge dieses Denkens erst unter dem Eindruck der Bedrohung und des Hegemonieverlusts zur Ideologie. Zumindest in der Retrospektive wird deutlich, dass die Anfänge des amerikanischen Konservatismus in der Zeit des New Deal in den 1930er Jahren lagen: gegründet als Oppositionsbündnis gegen die massiven wirtschaftlichen Interventionen Roosevelts und seines Versuches, die USA ein Stück weit näher an das Modell europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit heranzurücken.⁴³ In dieser Zeit begannen auch die Begriffe *liberalism* und *conservatism* mit ihrer heutigen Bedeutung aufgeladen zu werden. Denn Roosevelt stellte seinen New Deal in die Tradition des amerikanischen Liberalismus, um ihm auf diese Weise Legitimation zu verschaffen. Es war der typische Versuch, über eine Begriffsumwidmung Hegemonie zu erlangen. Der Versuch seiner Gegner, den Begriff ihrerseits zu besetzen, scheiterte. Zunächst widerwillig, dann aber immer bereitwilliger nannten sie sich

42 Vgl. Nell Irvin Painter: *Standing at Armageddon: A Grassroots History of the Progressive Era*, New York 2008; Robert W. Cheney: *American Politics in the Gilded Age, 1868–1900*, Wheeling 1997.

43 Vgl. für diese These vom Ursprung des amerikanischen Konservatismus in den 1930er Jahren Kim Philips-Fein: *Invisible Hands: The Business Men's Crusade against the New Deal*, New York 2010.

schließlich *Conservatives*.⁴⁴ In der republikanischen Partei sammelten sich Amerikas Konservative hinter dem Senator von Ohio, Robert Taft, der zwischen 1940 und 1952 drei Mal bei dem Versuch scheiterte, Präsidentschaftskandidat der Partei zu werden. Im Zentrum des Widerstandes gegen den New Deal standen aber vor allem amerikanische Industrielle, die sich in Lobbyvereinigungen wie in der „Liberty League“ organisiert hatten.

Nach dem Krieg erhielten sie schließlich die intellektuelle Munition für einen langen, teuren Feldzug gegen „Big Government“. Denn als der Keynesianismus den politischen Diskursraum noch ziemlich uneingeschränkt beherrschte und die politische Klasse der USA die Rezepte des britischen Ökonomen parteiübergreifend für das letzte Wort moderner Wirtschaftspolitik hielt, hatte sich unter Ökonomen längst eine radikale Oppositionsbewegung herausgebildet, zunächst angeführt von europäischen Denkern: Der österreichische Ökonom Ludwig von Mises z.B., aber vor allem dessen Schüler Friedrich August von Hayek, dessen Buch „The Road to Serfdom“ davor warnte, dass jede Form der staatlichen Planung unweigerlich zum Totalitarismus führe.⁴⁵ In den USA fiel dieses Buch schnell auf fruchtbaren Boden und gewann eine große, treue Anhängerschaft.⁴⁶ Später wurde der Chicagoer Ökonom Milton Friedman der Bannerträger dieser Gruppe von Renegaten – die freilich ihrerseits schnell zu einer neuen Orthodoxie aufstiegen. Und seit den 1950er Jahren begannen Amerikas Konservative über Zeitungen, Magazine und dann schließlich durch den Aufbau finanziell äußerst potenter Think Tanks mit dem Aufbau einer konservativen Gegenöffentlichkeit, wenngleich Letzteres zu Goldwaters Zeiten noch im embryonalen Status verblieb.

Kurz gesagt: Ganz so heimatlos, wie es viele Beobachter des Jahres 1964 darstellten, waren Goldwaters Ideen gewiss nicht. Schon 1947 war Ayn Rands Roman „The Fountainhead“ erschienen und 1957 schließlich ihr größtes Werk „Atlas Shrugged“, millionenfach verkaufte Bestseller, die in hymnischer Weise ein Loblied auf die Tugend des uneingeschränkten Eigennutzes sangen und bis heute als „Einstiegsdroge“ in die Gedankenwelt eines radikalen Libertarismus gelten.⁴⁷ Und natürlich, es braucht kaum erwähnt zu werden, war auch der scharfe, ja fast schon

44 Vgl. zur semantischen Verschiebung der Begriffe unter anderem David Farber: *The Rise and Fall of Modern American Conservatism. A Short History*, Princeton 2010, S. 4ff.

45 Friedrich Hayek: *The Road to Serfdom*, London 1944.

46 Vgl. George H. Nash: *The Intellectual Conservative Movement in America since 1945*, Wilmington (Delware) 2006.

47 Vgl. Jennifer Burns: *Goddess of the Market. Ayn Rand and the American Right*, Oxford 2009, S. 4.

paranoide Anti-Kommunismus des Senators aus Arizona keineswegs den Wahnvorstellungen eines Einzelnen entsprungen. Denn wie sonst ließ sich der kurze, aber dafür umso fulminantere Siegeszug des Joe McCarthy erklären, als Anfang des 1950er Jahre ein ganzes Land im Bann seines Kreuzzuges gegen die vermeintliche kommunistische Unterwanderung stand? Eine Episode, die Amerikas Liberale merkwürdig schnell vergessen hatten. Und schließlich: Goldwater mochte wenige Wähler gehabt haben; aber er hatte viele bedingungslose Anhänger. Eine ganze Generation amerikanischer Konservativer machte 1964 das erste Mal Bekanntschaft mit Grassroots-Politics. Goldwater hatte allein eine Million individuelle Spender – nur vier Jahre zuvor hatten für Richard Nixon, der die Wahl gegen Kennedy nur knapp verlor, gerade einmal 44000 Menschen das Scheckbuch gezückt.⁴⁸

Goldwater nahm die Angst vor dem Kommunismus ebenso auf wie die zuvor zitierten libertären intellektuellen Impulse und Traditionsstränge. Aber, und darin lag in Wahrheit seine historische Leistung für den amerikanischen Konservatismus, er verwob sie noch mit etwas anderem: er gab einer Bewegung von marginalisierten Intellektuellen und Wirtschaftslobbyisten zum ersten Mal einen maskulin-populistischen Zug und erst dadurch konnte sich der amerikanische Konservatismus – bis dahin eine nicht weniger elitäre Veranstaltung als seine Europäischen Pendant – langfristig als Massenbewegung konstituieren.⁴⁹ Mit Goldwater begann die „Westernisierung“ der Republikanischen Partei. In Wahrheit speiste sich das Weltbild des Senators aus Arizona nämlich vor allem aus jener „Frontier-Mythologie“, der zufolge erst im Aufeinanderprallen zwischen europäischer Zivilisation und der unberechenbaren Wildnis der Neuen Welt entlang der stetig gen Westen verschobenen Besiedlungsgrenze der amerikanische Nationalcharakter geformt wurde.⁵⁰ Erst die Frontier machte aus dem Europäer einen Amerikaner, erzog sie ihn doch zu Wagemut, Unerschrockenheit, Härte gegenüber sich selbst ebenso wie gegenüber anderen, und zu einem rauen Individualismus. Und nach dieser Erzählung kann und konnte das wahre Amerika nur möglichst weit entfernt von der Washingtoner Zentralregierung liegen. Arizona war für Goldwater, der sich gerne mit Cowboyhut, Winchester und auf dem Pferd inszenierte (wie nach ihm Ronald Reagan und George W. Bush) ein Symbol, wie der Pioniergeist selbst die menschenfeindlichste Wüstenödnis erobern, erschließen und besiedeln konnte – selbstverständlich alles ohne Unterstützung „Washingtoner Bürokraten“.

48 Vgl. Nicol C. Rae: *The Decline and Fall of the Liberal Republicans: From 1952 to the Present*, Oxford 1989, S. 58.

49 Vgl. John Micklethwait/Adrian Wooldridge: *The Right Nation*, New York 2005.

50 Jackson Turner: *The Significance of the Frontier in American History*, Chicago 1893.

„We didn’t know the federal government. Everything that was done, we did it ourselves“⁵¹, so beschrieb Goldwater, der Sohn eines wohlhabenden Kaufhausbesitzers, einmal den Aufstieg der eigenen Familie. Natürlich war das eine recht selektive Auslegung der Fakten. Schließlich waren es erst die von der Bundesregierung mit gewaltigem Aufwand betriebenen Staudammprojekte wie der „Roosevelt“- und dann der „Hoover-Dam“ gewesen, durch die Arizona urbar gemacht wurde. Ohne den verhassten New Deal Roosevelts hätte der Wüstenstaat niemals blühen können. Doch welche Rolle spielten solche Details schon angesichts einer derart kraftvollen Erzählung?

Der Westen und Südwesten der USA – die mit großem Abstand am schnellsten wachsende Regionen des Landes – sollte dementsprechend neben dem Süden zu einer starken Wählerbasis der Republikanischen Partei werden. Das hatte auch damit zu tun, welche Art von sozialem Raum dort entstand. Die Sozialplaner des amerikanischen Liberalismus waren in dieser Phase – der Ära der „Great Society“ – zutiefst davon überzeugt gewesen, dass es keine Alternative zum Ausbau des öffentlichen Sektors gab. In einer sich rapide urbanisierenden Gesellschaft, so glaubten sie, würde die vermehrte Bereitstellung öffentlicher Güter von den meisten Amerikanern zudem mit großer Zustimmung aufgenommen werden. Allerdings: Die Frage war eben, was man unter „urban“ verstand. Überall in den USA, besonders aber in den boomenden Regionen des „Sunbelt“ – in Barry Goldwaters Arizona, in New Mexico, vor allem aber in Süd-Kalifornien – war etwa seit den 1940er Jahren ein sozialer Raum ganz eigener Art entstanden: Die sogenannten „Suburbs“. In diesem Fall scheint es angemessen, den englischen (bzw. amerikanischen) Begriff zu verwenden, denn mit deutschen Vororten haben amerikanische Suburbs nicht viel gemeinsam. Diese wuchernden Siedlungen außerhalb großer Metropolen wuchsen ja – zumindest außerhalb des Nordostens – in der Regel nicht in kleinere Städte oder Dörfer hinein, sondern entstanden buchstäblich aus dem Nichts. Es entstanden soziale Räume ohne geographischen Kern oder Zentrum, endlose Konglomerate von Wohngebieten, Highways und dann natürlich die riesigen Einkaufstempel der Malls. Es waren Orte, die in vielerlei Hinsicht nicht unbedingt die Einsicht förderten, dass man für die bezahlten Steuern eine faire Gegenleistung erhielt. Denn dort nutzte man das Auto, keine öffentlichen Verkehrsmittel, schickte die eigenen Kinder vielleicht gar auf private und nicht auf öffentliche Schulen, lebte insgesamt ein Leben in großer Privatheit, für das Räume öffentlicher Begegnung keine Rolle spielten. Für großzügige Sozialprogramme etwa durfte man dort nicht auf große Sympathie hoffen. Denn die Armut konzentrierte sich ja vor allem in jenen Orten, die die Bewohner von Suburbia bewusst

51 Perlstein: *Before the Storm*, a.a.O. S. 4.

zurückgelassen hatten, und genau dort sollte sie auch bleiben: In den Innenstadtkernen der großen Städte. Viele der Suburbs waren ethnisch außerordentlich homogen, nämlich beinahe ausschließlich von Weißen bewohnt. In den amerikanischen Großstädten blieben hingegen vor allem die sozial Schwachen zurück, unter ihnen große Minderheiten von Schwarzen und Hispanics. Und viele derjenigen, die seit den 1950er Jahren in die boomenden Staaten des Sunbelt umgezogen waren, hatten dort einen rasanten persönlichen Aufstieg erlebt, der sie ebenfalls stärker empfänglich machte für eine politische Botschaft, die vor allem für niedrigere Steuern stand.⁵²

Geradezu paradigmatisch für all dieses stand Orange County, eine mit grandioser Geschwindigkeit wachsende Ansammlung von Suburbs südlich von Los Angeles. Auch dort hatte Barry Goldwater 1964 gewinnen können – ganz so wie in anderen rasant an Bevölkerung zunehmenden Suburbs an den Rändern von Amerikas großen Metropolregionen. In Orange County und in anderen dieser Orte war die Rüstungsindustrie oft einer der wichtigsten Wirtschaftszweige. Es war insofern nicht verwunderlich, dass der harte Anti-Kommunismus des sich formierenden Konservatismus mit seiner Ablehnung der zu nachgiebigen Containment-Doktrin und der Befürwortung eines aggressiven „Rollback“ dort verfangen konnte. Gleichwohl: Die Menschen von Orange County entsprachen in keiner Weise dem von Hofstadter und anderen entworfenen Bild einer von Status-Unsicherheiten geplagten Schicht bedrängter und rückwärtsgewandter Nostalgiker: Orange County boomte, war wohlhabend, gebildet, seine Bewohner trotz der Heidenangst vor dem Kommunismus insgesamt optimistisch, was die Segnungen des amerikanischen Traums betraf, dessen Essenz sie in der beispiellosen und kaum von Regulierungen behinderten Expansion von „Suburbia“ verkörpert sahen. Kurzum: Goldwaters Konservatismus wies ganz unverkennbar in die Zukunft, und nicht in die Vergangenheit.⁵³

Die amerikanischen Suburbs sollten in Zukunft nicht überall zu republikanischen Hochburgen werden. Das hing von weiteren Faktoren ab: Wie nah an den Innenstädten waren sie gelegen? Wie streng waren die Bauvorschriften und wie groß durften oder sollten die Häuser sein? Waren sie ausschließlich weiß, oder gab es, zumindest in späteren Jahren, auch Platz für Minderheiten? Wie schwerwiegend waren die sozialen Probleme in der angrenzenden City? Wie war ansonsten

52 Vgl. Darren Dochuk: *From Bible Belt to Sun Belt. Plain-Folk Religion, Grassroots Politics, and the Rise of Evangelical Conservatism*, New York 2010.

53 Vgl. die brillante Studie über Orange County von Lisa McGirr: *Suburban Warriors. The Origins of the New American Right*, Princeton 2001.

die regionale Kultur?⁵⁴ Sehr republikanisch waren in der Regel die besonders zersiedelten Suburbs (für die sich aufgrund ihrer weiten Entfernung vom Kern der City schon der Begriff „Exurb“ etablierte), die wohlhabend waren und ethnisch sehr homogen. Viele, aber beileibe nicht alle davon befinden sich im Süden, Westen und Südwesten. Auch im Mittleren Westen gab es eine weiße Mittelschicht, die massenweise den Städten den Rücken kehrte und hinauszog – so wie in Waukesha County, Wisconsin, dem konservativen Beispiel unserer Fallstudie. Dort war man allerdings 1964 noch nicht so weit und zeigte Goldwater in diesem Jahr noch die kalte Schulter; es war freilich das letzte Mal, das ein Demokrat in Waukesha gewinnen sollte.

1964 war die Mischung aus radikaler Marktgläubigkeit, Frontier-Romantik und Anti-Intellektualismus, für die Barry Goldwater stand, noch nicht reif, um im Land insgesamt mehrheitsfähig zu sein. In den folgenden Jahren aber sollte sich das ändern, ein wenig schon mit der Wahl Richard Nixons 1968 – aber vollends dann erst mit Ronald Reagan 1980. Doch um das zu verstehen, muss man den Blick noch einmal auf die andere Seite des Konfliktes werfen: Auf den Höhepunkt und den folgenden Niedergang des amerikanischen „Konsensliberalismus“.

DAS „SCHEITERN“ DER *GREAT SOCIETY* UND DIE *SILENT MAJORITY*

Im Jahr 1965 sollte der amerikanische Liberalismus seinen Scheitelpunkt erleben. Nach seinem grandiosen Wahlsieg war Johnsons Mandat so stark und seine Mehrheit im Kongress so überwältigend, dass er ein ambitioniertes Reformvorhaben nach dem anderen ins Werk setzen konnte: Gesundheitsversicherung für Arbeitslose und Rentner („Medicare“ und „Medicaid“); eine weitaus stärkere Rolle des Bundes in der Bildungspolitik; und schließlich den „Voting Rights Act“ als Ergänzung zum „Civil Rights Act“ – all dieses (und einiges andere mehr) wurde innerhalb weniger Monate durch den Kongress gebracht. Fraglos hielt man sich innerhalb der Johnson-Administration für die Herausforderungen der Zukunft so gut gerüstet wie nur möglich. Dabei ging es im Grunde um mehr als „nur“ um einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates, der endlich europäisches Niveau erreichen

54 Vgl. Juliet F. Gainsborough: Fenced Off: The Suburbanization of American Politics, Washington D.C. 2011; Thad Williamson: Sprawl, Spatial Location, and Politics: How Ideological Identification Tracks the Built Environment, in: American Politics Research, Volume 36 Number 6, November 2008, S. 903-933.

sollte. Der Ehrgeiz der linksliberalen Reformer ging sehr viel weiter. In diesen Jahren schien eine finale Lösung von Problemen möglich, die man in skeptischen Zeiten womöglich noch für unabänderlich gehalten hätte. Die Mitte der 1960er Jahre waren, nicht nur in den USA, eine Hochphase technokratischer Politikvorstellungen: plante man nur sorgfältig, bediente man sich nur des Sachverständes von Experten und Fachleuten, dann war die Politik nicht länger den Launen des Zufalls unterworfen, sondern wurde zu einer berechenbaren Angelegenheit. Im Grunde war dieser Glaube an die Verwissenschaftlichung von Politik in Wahrheit vielleicht sogar der weltanschaulich harte Kern des ansonsten eher ideologisch kryptischen, weil extrem inklusiven Konsensliberalismus.⁵⁵

Der technokratische Impetus galt besonders für die Wirtschaftspolitik, die man in den Händen einer klugen keynesianischen Elite von Ökonomen, allen voran dem *Council on Economic Advisors* und seinem Star-Ökonomen Walter Heller, gut aufgehoben fühlte. Aber auch andere Wissenschaften sollten zur Mehrung des nationalen Wohls beitragen. Die „National Science Foundation“ begann gar ein Forschungsprojekt, mit dem das Wetter kontrolliert werden sollte. Es war eben nie weit vom Optimismus zur Hybris. Als „Cult of Expertise“ bezeichnet der Historiker Steven Hayward die Geisteshaltung im Innern des amerikanischen Reformliberalismus der 1960er Jahre.⁵⁶

Nirgendwo war die überbordende Erwartungshaltung spürbarer als in dem von Johnson und seinen Beratern ausgerufenen „War Against Poverty.“ Aufgeschreckt von Michael Harringtons Bestseller „The other America“, welches die Malaise insbesondere der afro-amerikanischen Unterschicht in deprimierenden Farben schilderte, gedachte man, die Wurzeln der Armut in den USA – immerhin 32 Millionen Amerikaner leben 1965 unterhalb der Armutsgrenze⁵⁷ – ein für alle Mal auszurotten. Das war fraglos eine mutige Ankündigung. Es gab, insbesondere in den Ghettos amerikanischer Großstädte, eine verfestigte Armut, die sich mit Subventionen für Stadtteilinitiativen, Bildungsprogrammen, Lebensmittelkarten und anderen Maßnahmen nur schwer bekämpfen ließ. Zwar sank das Armutsniveau in den prosperierenden 1960er Jahre zunächst sogar, aber gemessen an den

55 Vgl. Nils Gilman: *Mandarins of the Future: Modernization Theory in Cold War America*, Baltimore 2003; Torben Lütjen: Vom „Gospel of Efficiency“ zum „War of Ideas“. Zum Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Ideologien in den Vereinigten Staaten, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Band 50, 2012, S. 373–391.

56 Vgl. Steven F. Hayward: *The Age of Reagan. The Fall of the Old Liberal Order 1964–1980*, New York 2001, S. xxvii.

57 Vgl. Maurice Isserman und Michael Kazin: *America Divided. The Civil War of the 1960s*, Oxford 2004, S.202.

großen Erwartungen, empfanden die meisten Amerikaner – ganz unabhängig davon, wo sie politisch standen – den „War on Poverty“ als gescheitert. Die konservativen Gegner der Programme argumentierten freilich vom ersten Tag an, dass dadurch eine „Kultur der Abhängigkeit“ geschaffen werde, die es den Empfängern von sozialstaatlichen Leistungen unmöglich mache, auf eigenen Beinen zu stehen – ein Gedankengang, der bis heute eine große Rolle spielt beim republikanischen Widerstand gegen ähnliche Programme.

Zu diesen Kritikern gehörte auch eine Gruppe von Ex-Liberalen, die aus dem vermeintlichen Scheitern der Great Society eine radikale Konsequenz zogen und eine vollständige politische Konversion vollzogen: Als „Neoconservatives“ gingen diese Konvertiten in die Geschichte ein.⁵⁸ Der prominenteste unter ihnen war Irving Kristol. Der über lange Jahre intellektuell so überaus marginalisierte Konservatismus erhielt dadurch bedeutsame Verstärkung. Die *Neoconservatives* strickten die überwölbende Erzählung zum Scheitern der Great Society: dass selbsternannte „Sozialingenieure“ im blinden Glauben an die Unfehlbarkeit technischer Rationalität den Bogen überspannt hätten und mit ihrer Politik der Intervention ständig nicht beabsichtigte Nebenfolgen schafften. Einem Teufelskreis gleich würden schließlich wiederum neue Eingriffe erforderlich, die wiederum neue Nebenfolgen produzierten würden – usw. Das Ideal liberaler Planer sei eine Welt perfekter technischer Rationalität, in der ein Rädchen in das andere griff. Verglichen damit musste aber die wirkliche Welt – unvollkommen, wie sie nun einmal war – unweigerlich fehlerhaft erscheinen und der ständigen Überarbeitung bedürfen; die liberalen Technokraten sähen, mit anderen Worten, Probleme, wo in Wahrheit gar keine existierten.⁵⁹

Der Abfall der Neokonservativen war ein sicheres Zeichen dafür, dass Amerikas Konservative bereits auf dem Weg waren, eine intellektuelle Gegenöffentlichkeit aufzubauen. Diese und auch intellektuell weniger elaborierte Polemiken gegen den „War on Poverty“ blieben jedenfalls nicht ohne Echo. In der weißen Arbeiterklasse, auch außerhalb des amerikanischen Südens, wuchsen die Vorurteile gegen „Welfare Queens“ und „Poverty Pimps“, die es sich im neuen Sozialsystem gemütlich gemacht hätten. Hinzu kam, dass auch der große Rückhalt für die Bürgerrechtsbewegung nördlich der „Mason-Dixon-Linie“ bei weißen Amerikanern seit Mitte der 1960er Jahre deutlich zurückgegangen war. Seit 1965 kam es immer wieder zu aggressiven Unruhen in den amerikanischen Großstädten. Viele

58 Vgl. Justin Vaisse: *Neoconservatism. The Biography of a Movement*, Cambridge (MA) 2010; Vgl. auch zu den verschiedenen konservativen Strömungen nach 1945 Torben Lütjen: *Aufstieg und Anatomie des amerikanischen Konservatismus. Ein Forschungsbericht*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Band 54, Bonn 2014.

59 Vgl. Lütjen: Vom „Gospel of Efficiency“ zum „War of Ideas“, a.a.O.

Schwarze waren bitter enttäuscht, dass sich trotz all der Maßnahmen der Johnson-Regierung nur wenig an der systematischen Diskriminierung änderte, die sozialen Verhältnisse weiter wie zementiert blieben. Die *Riots* von Los Angeles, Detroit und anderen Orten produzierten Bilder, die allesamt natürlich Abend für Abend in die Wohnzimmer auch des weißen Amerikas flimmerten und dort für einen Schock sorgten. 1964 hatten noch 68% der Weißen außerhalb der Südstaaten die Bürgerrechts-Initiativen Johnsons unterstützt; nur zwei Jahre später war plötzlich eine Mehrheit der Meinung, dass die Regierung viel zu schnell vorging bei ihren Bemühungen um Integration.⁶⁰ Auch die Strategien der Bürgerrechtsbewegung funktionierten außerhalb des offen rassistischen Südens sehr viel weniger. Dort waren die Diskriminierungen subtiler und ließen sich kaum mit Bundesgesetzen und notfalls dem Einsatz der Nationalgarde aus dem Weg schaffen. Für die Herstellung wirklich gleicher Lebensverhältnisse brauchte es wesentlich massivere Eingriffe.

Und diese Eingriffe erfolgten, sowohl von Seiten der Bundesregierung in Washington, als auch von Seiten der Bundesstaaten. Besonders umstritten war etwa die Praxis des *Busing*, durch die Kinder teilweise in wahren Odysseen mit dem Schulbus quer durch die Stadt gefahren wurden, um eine ausgeglichene ethnische Zusammensetzung der Schulen zu gewährleisten. Solche Maßnahmen machten die Idee der „Great Society“ nicht unbedingt populärer in der weißen Mittelschicht und schufen dort eine stärkere Empfänglichkeit für eine konservative Ideologie, die staatliche Eingriffe generell für schädlich hielt. In den 1960er fusionierten somit dauerhaft zwei Konfliktthemen miteinander: Sozialpolitik und *Race*. Denn dort wo offener Rassismus immer weniger tolerierbar wurde, nahm der Widerstand gegen „Welfare“ oft diesen Platz ein, eine Art Ersatz-Ressentiment, das sich äußern ließ, ohne dabei gleich als Mitglied des Ku-Klux-Klans verdächtigt zu werden – und doch stets mit der gedanklichen Assoziation auf ethnische Minderheiten.⁶¹

Überhaupt: Die republikanische Partei hätte für die Ideologie des *Small Government* kaum so viel Unterstützung erhalten, wenn es dabei ausschließlich um Fragen der Ökonomie gegangen wäre. Wie bereits erwähnt, stand der konservative Süden, als Region fraglos der Hauptprofiteur der gewaltigen Arbeitsprogramme des New Deal, traditionell ja keineswegs für den unbedingten Glauben an die Segnungen eines ungezügelter Kapitalismus. Aber mit dem Widerstand gegen den „Civil Rights Act“ erschien vielen Südstaatlern eine Ideologie, die jede

60 Vgl. Maurice Isserman/Michael Kazin: *America Divided. The Civil War of the 1960s*, Oxford 2004, S. 207.

61 Vgl. Martin Gilens: *Why Americans Hate Welfare: Race, Media, and the Politics of Antipoverty Policy*, Chicago 2000.

Form von Staateingriffen für potentiell schädlich hielt, mit einem mal sehr viel plausibler.⁶² Dass der Staat zu einem bürokratischen Monster geworden war, dem Einhalt zu gebieten war, es viel zu viele Regulierungen und Verbote aus Washington gab und das mit alledem die Idee von Amerika verraten wurde – mit dieser Parole konnten sich am Ende libertäre *Suburbanites* an der Westküste der USA, offene Befürworter der Rassentrennung im Süden, Waffenliebhaber aus dem Mittleren Westen und texanische Rancher gleichermaßen identifizieren. Diese eifernde Staatsfeindschaft war der kleinste gemeinsame Nenner der Konservativen Bewegung – der andererseits jedoch so klein eben nicht war, ließ sich mit ihm doch eine kraftvolle Erzählung schmieden, die vortrefflich mit den Gründungsmythen des Landes verbunden werden konnte.

Mit Richard Nixons Sieg 1968 kamen diese Gruppen das erste Mal mehrheitsfähig zusammen. Insofern war er gewiss eher Profiteur, nicht der eigentliche Schöpfer der von ihm reklamierten „Silent Majority.“ Überhaupt: Nixon war nicht wirklich ein Konservativer in der Goldwater-Tradition. Schon lange bevor er sich als eine der moralisch zweifelhaftesten Personen entpuppte, die jemals im Weißen Haus saßen, war das Misstrauen unter Konservativen ihm gegenüber groß gewesen. Einmal ins Amt gekommen, dachte er gar nicht daran, den dominierenden keynesianischen Konsens in Frage zu stellen, die Sozialprogramme zurückzufahren oder gar den „Civil Rights Act“ umzukehren. Nixon war ein Opportunist, kein Ideologe. Und doch lieferte er in stilistischer Hinsicht die vorerst letzte Zutat für den modernen amerikanischen Konservatismus. Was bei Goldwater schon in Ansätzen vorhanden gewesen war, darüber verfügte Nixon in verschwenderischem Überfluss: einen aggressiven Populismus, der sich vor allem in Anti-Intellektualismus und Anti-Elitismus niederschlug.⁶³ Wenn schon nicht der Erfinder, so waren Nixon und sein Vizepräsident Spiro Agnew doch die virtuossten Popularisierer des politischen Kampfbegriffes von den „liberalen Eliten.“ Gemeint war damit eine abgehobene und versnobte upperclass, die zwar eine ethnische und sexuelle Minderheit nach der anderen für geschehenes Unrecht der Vergangenheit kompensierte, dafür aber die Sorgen und Ängste des „hard-working American“ aus den Augen verloren hätte. Die „liberale Elite“ war gottlos, dekadent, unpatriotisch, aber vor allem unendlich bigott, denn während sie vorgab, den Unterprivilegierten zu helfen, ging es ihr in Wahrheit nur darum, andere zu bevormunden. Für die „liberale Elite“ war es natürlich ein Leichtes, für die rassische Integration

62 Vgl. hierzu auch die exzellente Fallstudie von Kevin Kruse: *White Flight. Atlanta and the Making of Modern Conservatism*, Princeton 2005.

63 Vgl. Michael Kazin: *The Populist Persuasion. An American History*, New York 1995, S. 248-255.

von öffentlichen Schulen zu werben – verwahrten sie angeblich doch ihre eigenen Zöglinge sicherheitshalber lieber auf teuren Privatschulen.

Der Begriff war so flüchtig wie bald schon ubiquitär, niemand mochte genau zu sagen, wo die „liberale Elite“ ihr Zentrum hatte oder wer überhaupt dazu gehörte. Aber das war gerade die Stärke dieser populistischen Erzählung, erweckte sie doch den Eindruck, einer ebenso machtvollen wie klandestinen Allianz von Deutungseliten gegenüber zu stehen. Dazu gehörten wahlweise die Professoren an den Elite-Universitäten der Ostküste, die politische Redaktion der New York Times, Regierungsbürokraten, liberale Unternehmer, Bürgerrechtsaktivisten und überhaupt alle, mit denen „Tricky Dick“ über Kreuz lag und die auf Nixons offizieller „enemy list“ standen. Selbst jene, die gegen den Vietnam-Krieg protestierten – und sich gewiss dagegen gewehrt hätten, mit den Politikern der Demokratischen Partei und anderen Mitgliedern des „Establishment“ in einem Atemzug genannt zu werden – saßen angeblich gleich mit im Boot bei dieser Verschwörung. Schließlich ruinierten sie die Moral an der Heimatfront, und außerdem: waren es nicht die gut situierten Söhne und Töchter der „liberalen Eliten“ die da protestierten? Drückten sich nicht die meisten dieser Söhne ohnehin mit fadenscheinigen Argumenten vom Kriegsdienst oder wurden von vornherein gar nicht eingezogen? Nixons Attacken gegen die Gegner des Vietnam-Krieges waren äußerst effizient, selbst dann noch, als sich eine Mehrheit in Umfragen längst gegen die Rolle der USA in Südostasien aussprach. Denn in der Tat begann sich ein Teil der Bewegung zu radikalisieren, agitierte gegen den amerikanischen „Imperialismus“, solidarisierte sich mit dem Freiheitskampf der Vietcong und verbrannte amerikanische Flaggen. In der weißen Arbeiterklasse und Mittelschicht wurde nichts von alledem goutiert. Und Nixon, ein Mann, der nicht viel mehr war als die Summe seiner Ressentiments, spürte das sehr genau. Bei seiner Wahl 1968 sollte die Republikanische Partei zum ersten Mal eine Mehrheit der Stimmen aus der Arbeiterklasse und von Katholiken bekommen: Nixons ausgerufenen „Silent Majority“ hatte die tatsächliche Mehrheit errungen.

DIE TRANSFORMATION DES AMERIKANISCHEN LIBERALISMUS

So entglitt der Demokratischen Partei allmählich die während des New Deal erlangte Dominanz innerhalb der weißen Mittelschicht und der weißen Arbeiterklasse. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre begann für den amerikanischen Konsensliberalismus – diese Verkörperung politischen Zentrismus und vermeintlich unpolitischen Expertentums – ein auswegloser Zwei-Fronten-Krieg, den er

kaum gewinnen konnte. Denn da war ja nicht nur die Formierung, Transformation und Erstarkung der noch wenige Jahre zuvor für hoffnungslos unterlegen gehaltenen konservativen Bewegung. Ungemach für den amerikanischen Konsens drohte auch von der gegenüberliegenden Seite des politischen Spektrums: nämlich von ganz links. Zwar sorgte hier der Protest gegen den Vietnam-Krieg mit Abstand für die größte Mobilisierungswelle, und blieb als identitätsstiftendes Ereignis der Protestgeneration der 1960er Jahre überaus wichtig. Aber für die politische Konfliktstruktur der USA waren andere Themen und andere Gruppierungen – auch wenn diese sich mit der Anti-Kriegsbewegung oft personell stark überschneiden – gleichwohl wichtiger. Denn während große Teile der weißen Mittelschicht und Arbeiterklasse die Veränderungen der 1960er Jahre zutiefst ängstigten, ging es anderen bei weitem nicht schnell genug voran.

Wahrscheinlich ist dies fast eine historische Gesetzmäßigkeit: Jede erfolgreiche Emanzipation wird mit dem Ruf nach mehr Emanzipation beantwortet, jede Tendenz zur Liberalisierung mit der Einforderung weiterer Freiheiten erwidert. In den USA der 1960er Jahre gab es – von der bereits erwähnten schwarzen Bürgerrechtsbewegung abgesehen – viele andere zuvor marginalisierte Randgruppen, die jetzt vehement an die Öffentlichkeit drängten: Die Chicano-Bewegung, die Frauen-Bewegung, schließlich die Bewegung für die Rechte Homosexueller usw. Es ist eine bunte Allianz, die seit den 1960er Jahren, von der ganz anderen Seite des politischen Spektrums kommend, den Status Quo herausforderte. In anderen Fällen schien es gar nicht unmittelbar um Politik zu gehen: Sex, Drugs und Rock'n Roll stehen für viele aus der Baby Boomer Generation im Vordergrund. Theodore Roszak erfindet in dieser Zeit den Begriff der „Counter Culture“ für eine Jugendkultur, die sich von den traditionellen Normen der Gesellschaft abgewandt hat und auch nicht länger versucht, sie zu verändern.⁶⁴ Traditionelle Formen von Autorität freilich fordern alle heraus – manche eben durch unmittelbare politische Aktionen, andere durch alternative Lebensweisen. Einige verließen dabei in der Tat den Rahmen des „American Creed“. Sie drängen nicht länger auf Teilhabe am amerikanischen Traum, der in ihren Augen für viele Amerikaner stets nur ein Alptraum gewesen war. Dies gilt vor allem für den radikalisierten Flügel der schwarzen Bürgerrechtsbewegung wie die „Black Panther“ oder die „Nation of Islam“ des Malcolm X. Die einen fordern die maoistische Revolution, die anderen in einer radikalen Umkehr der Ideen Kings und der Bürgerrechtsbewegung die Loslösung von den USA und die Konstituierung einer eigenen Nation.

64 Vgl. Theodore Roszak: *The Making of a Counter Culture: Reflections on the Technocratic Society and Its Youthful Opposition*, Berkeley 1969.

Freilich: diese Gruppen blieben die Ausnahme. Die meisten anderen Bewegungen wurden – eben darum sind sie hier von Interesse – vom politischen System der USA integriert.⁶⁵ In Bezug auf die Protestkultur der 1960er Jahre ähnelten sich die Entwicklungen in Europa und den USA⁶⁶ – wohl mit dem Unterschied, dass das Chiffre „1968“, in Deutschland und Frankreich so übermächtig, in den USA eine geringere Rolle spielte. Zwar ist dies auch dort ein besonders turbulentes Jahr, aber da die Entwicklungen in den USA etwas früher einsetzen – das „Free Speech Movement“ in Berkeley bildete sich bereits im September 1964⁶⁷ – stellte 1968 mit der Ermordung Martin Luther Kings und Bobby Kennedys und der Wahl Richard Nixons zum US-Präsidenten eher Endpunkt als Höhepunkt der Entwicklung dar.

Was für unseren Kontext wichtig ist: Der Aufruhr dieser Jahre sollte nicht nur weiter zum konservativen Backlash beitragen und die Bewegung mit weiterer Munition versorgen. Er sollte langfristig auch die Demokratische Partei verändern.

Auf der liberalen, progressiven Seite ist diese Geschichte jedoch weitaus schwieriger zu erzählen als in Bezug auf die Formierung des amerikanischen Konservatismus. Zwar sollten auch nach Goldwaters Kampagne von 1964 noch einmal 16 Jahre vergehen, bis die konservative Revolution mit Reagan endgültig an ihr Ziel gelangt war, auch hier kämpften moderate und konservative Gruppen bis dahin um die Vorherrschaft in der Partei. Doch verblasst dieser Konflikt im Vergleich mit den Friktionen auf der anderen Seite: Dort standen weite Teile der Protestgeneration in schroffer Frontstellung zur Regierung Lyndon B. Johnsons. Beim Parteitag der Demokraten 1968 in Chicago kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Neuen Linken, für die Lyndon B. Johnson nichts anderes als ein Kriegsverbrecher war („Hey hey LBJ, how many kids did you kill today?“ skandieren die Protestierenden), und der Polizei. Die Partei selbst war über Vietnam tief gespalten und droht daran beinahe zu zerbrechen. Chicago produzierte Bilder, die der Demokratischen Partei in diesem Wahlkampfjahr nicht unbedingt halfen und Munition lieferten für Richard Nixons Anspruch, die Stimme der „Silent Majority“ zu sein.

1972 dann allerdings schien es zunächst so, als habe die Neue Linke die Demokratische Partei ähnlich furios erobert, wie es den Goldwater-Republicans 1964 mit der GOP gelungen war. Die Partei nominierte George McGovern, den Senator

65 Vgl. zum Verhältnis von sozialer Bewegung und Partei in den USA allgemein Manfred Brocker: Integration durch Partizipation. Soziale Bewegungen im politischen System der USA. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 19/2, 2009, S. 237-274.

66 Vgl. Norbert Frei: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008.

67 Wahrscheinlich hängt dies damit zusammen, dass der Baby Boom in den USA einige Jahre früher einsetzte als in Westeuropa, vgl. Frei: 1968, a.a.O., S. 214.

aus South Dakota, zu ihrem Präsidentschaftskandidaten. McGovern war ein früherer Gegner des Vietnam-Krieges gewesen und stand auch bei anderen Themen auf dem extrem linken Flügel seiner Partei. Auch seine Nominierung war, wie bei Goldwater, zwar ein Vorzeichen, für alles was noch kommen mochte, verdankte sich zu diesem Zeitpunkt aber eher einem Machtvakuum innerhalb der Partei und den diversen Fehlritten und Ausfällen der eigentlichen Favoriten. Auch McGovern lebte von der Unterstützung hochmotivierter Basisaktivisten, die ein träges Partei-Establishment förmlich überrollten: 1972 spielten in der Demokratischen Partei innerparteiliche Vorwahlen zum ersten Mal eine entscheidende Rolle. Der Nominierungsparteitag in Miami Beach 1972 sollte zwar weniger gewalttätig, aber ähnlich erinnerungswürdig verlaufen wie jener vier Jahre zuvor in Chicago, nur, dass der Tumult sich dieses Mal *eher* in der Halle anstatt *davor* abspielte. Viele der Delegierten waren schon habituell der Neuen Linken zuzuordnen. McGovern selbst hatte großen Anteil an dieser Zusammensetzung der Delegiertenschaft gehabt. Denn nach den chaotischen Vorgängen vier Jahre zuvor hatte die Partei in der Zwischenzeit eine Kommission eingesetzt, deren Beschlüsse für die künftige Ausrichtung der Partei historische Bedeutung haben sollte, und den Vorsitz hatte praktischer Weise er selbst inne gehabt: Die sogenannte McGovern/Fraser-Kommission.⁶⁸ Sie legte u.a. fest, dass auf dem Parteitag Minderheiten repräsentativ vertreten sein mussten und dementsprechend ungewöhnlich war die Zusammensetzung des Delegiertenkörpers im Vergleich zu früheren Konventen: 38% der Delegierten waren Frauen (1968: 14%). 14% waren Afro-Amerikaner (1968: 5%). Und während vier Jahre zuvor nur 2% der Anwesenden unter 30 Jahre alt gewesen waren, waren es 1972 23%. Von allen Zahlen war dies jedoch wohl die Interessanteste: 80% der Delegierten waren zum ersten Mal bei einem Nominierungsparteitag der Demokraten dabei.⁶⁹

Es war insofern nicht verwunderlich, dass auch dieser Parteitag als ähnlich chaotisch in Erinnerung blieb wie Chicago vier Jahre zuvor. Nicht alle verabschiedeten Resolutionen waren von größter Ernsthaftigkeit geprägt, wie z.B. die 39-köpfige Vorschlagsliste für das Amt des Vizepräsidentschaftskandidaten, auf der sich neben dem Namen Mao Zedongs auch die Frau des Kampagnenmanagers von Richard Nixon befand.⁷⁰ Demokraten, die den Idealen der Studenten-, Frauen oder Anti-Kriegsbewegung nicht nahestanden, reagierten entsetzt auf die Vorgänge von Miami Beach. Konservative Südstaatler hatten schon seit 1964/1965 damit begonnen, die Partei in Scharen verlassen. Jetzt folgten, wenngleich in geringerem

68 Vgl. hierzu vor allem Byron E. Shafer: *Quiet Revolution. The Struggle for the Democratic Party and the Shaping of Post-Reform Politics*, New York 1983.

69 Vgl. Patterson: *Grand Expectations*, a.a.O. S. 760.

70 Vgl. Isserman/Kazin: *America Divided*, a.a.O., S.237.

Ausmaß, auch viele Gewerkschaftsführer, denen die Kultur der 1960er Jahre ebenfalls nicht behagte – mehr vielleicht noch, als die Politik, um die es dabei ging. Ihre Unzufriedenheit lag auch darin begründet, dass durch die Parteireformen der McGovern/Fraser-Kommission die Macht der alten Parteicliquen gebrochen wurden: fortan würden Kandidaturen nicht länger von den „Bossen“ der Parteien und Gewerkschaften in rauchgeschwängerten Hinterzimmern ausgeknobelt werden. In den Parteien – auch die Republikaner begannen von nun stärker mit der Ausweitung des Vorwahlsystems – setzte eine neue Kultur der Partizipation ein, durch die sich für motivierte Basisaktivisten ganz neuartige Formen der Beeinflussung ergaben.⁷¹

Die Gewerkschaften sollten langfristig in die Wählerkoalition der Demokratischen Partei zurückfinden, den Tumulten von Miami Beach zum Trotz. Aber ihre Bedeutung würde nie wieder so stark werden wie vor dieser Zäsur, und das nicht nur wegen des Nachlassens ihrer organisatorischen Schlagkraft aufgrund hoher Mitgliederverluste. Es bestimmten zunehmend auch andere Themen die Agenda. Den diversen Protestgruppen, die durch McGovern in die Partei eingedrungen waren, so unterschiedlich sie ansonsten im Einzelnen auch waren, ging es stark um *Identitätspolitik*. Politisch zu werden hieß demnach, nicht auf universalistische Werte zu rekurrieren, sondern das eigene und sodann das Bewusstsein der Umwelt für die eigene Position und Identität zu schärfen.⁷² In der Tradition linker Politik ging es dabei zwar weiter um Ungleichheiten – nur dass diese nicht mehr allein ökonomischer Natur waren, da es um die Benachteiligung aufgrund anderer Merkmale ging: weil man eine andere Hautfarbe hatte, ein anderes Geschlecht, eine andere sexuelle Orientierung usw. Deswegen verschwanden die klassischen Themen sozialer Ungleichheit natürlich nicht von der Agenda der Partei, allein schon, weil man das eine vom anderen ja faktisch kaum trennen konnte. Aber mindestens bis zur Mitte der Nuller-Jahre des 21. Jahrhunderts – als das Thema der sozialen Ungleichheit mit Nachdruck zurückkehrte – wurden die alten Brot-und-Butter-Themen in ihrer Bedeutung deutlich von den Themen der *Identity Politics* überschattet. Insgesamt förderte das einen Trend – nicht unbedingt zum Vorteil der

71 Vgl. Shafer: *Quiet Revolution*, a.a.O.

72 Vgl. für den Unterschied zwischen den klassischen Ideologien und moderater Identitätspolitik John Schwarzmantel: *Ideology and Politics*. London 2008, S. 109-130; für die Bedeutung der *Identity Politics* in der neuen Linken in den USA Andrew Hartman: *A War for the Soul of America. A History of the Culture Wars*, Chicago 2015, S. 18-37.

Demokraten – dem auch Gruppen innerhalb der Republikanischen Partei zuarbeiteten: Auf Themen der Gesellschaftspolitik zu setzen anstatt auf solcher sozio-ökonomischer Natur.

Was sich dort vollzog, unterschied sich im Grunde nicht sehr von der Entstehung einer neuen, postmaterialistischen Konfliktachse in Westeuropa.⁷³ Allerdings konnte sich in den USA aus bekannten Gründen keine Dritte Partei mit Aussicht auf Erfolg gründen – wie in Kontinentaleuropa die Grünen – weshalb der Konflikt zwischen Alter und Neuer Linke noch stärker innerhalb einer Partei ausgetragen wurde. Und die Protagonisten der Protestbewegung in den USA fanden sehr viel schneller zu einem pragmatischen Umgang mit der Situation. Tom Hayden etwa, einer der führenden Köpfe der „Students for a Democratic Society“ (SDS) und der Hauptautor des „Port Huron Statements“, dem Gründungsmanifest der Neuen Linken in den USA, war 1972 bereits Delegierter beim Konvent in Miami Beach – nachdem er 1968 bei den Straßenschlachten in Chicago noch von der Polizei festgenommen und verhaftet worden war. Der wichtigste und folgenreichste Unterschied zu Europa war freilich, dass die neue Identitätspolitik in den USA auch einem Gegner von ganz anderem Kaliber gegenüberstand, da Amerikas tiefe Religiosität größere Ressourcen für die Verteidigung traditioneller Moralvorstellungen bereithielt, und die Fundamentalliberalisierung des letzten Drittels des 20. Jahrhundert daher auf deutlich größeren Widerstand stieß.

George McGovern verlor 1972 so krachend wie Barry Goldwater 1964. Seine absolute Stimmenzahl war ähnlich niedrig, aber in Bezug auf das *Electoral College* war das Ergebnis noch weitaus deprimierender: McGovern hatte gerade mal einen einzigen von 50 Bundesstaaten gewonnen, Massachusetts. Was der Konvent und der anschließende Wahlkampf bereits angedeutet hatten, war nach der Wahl außerdem zur Gewissheit geworden: Die Demokraten hatten offenkundig endgültig ihre einst dominante Rolle innerhalb der weißen Arbeiterklasse verloren, die Richard Nixon mit 70% für sich gewann (das beste Ergebnis, das Republikaner in diesem Segment jemals erzielen sollten.) Und doch: Bei genauer Betrachtung spiegelten sich in McGovern's Wählerkoalition bereits die Potenziale dessen, was John Judis und Rudy Teixeira 30 Jahre später als „Emerging Democratic Majority“ bezeichnen sollten.⁷⁴ Unter nicht-weißen Wählern, also vor allem Afro-Amerikanern und Hispanics, schnitt McGovern besser ab als Hubert Humphrey vier Jahre zuvor (87%). McGovern verlor überdies zwar auch eine Mehrheit der Stimmen der Frauen – lag in der Gruppe *berufstätiger* Frauen jedoch vorne. Und auch bei

73 Vgl. Ronald Ingehart/Paul R. Abramson: Value Change in Global Perspective, Michigan 1995.

74 Vgl. John B. Judis/Ruy Teixeira: The Emerging Democratic Majority, New York 2002.

Akademikern schnitt er trotz seiner katastrophalen Niederlage besser ab als Humphrey 1968. Es waren allesamt Gruppen, die in der Zukunft wachsen sollten.⁷⁵

Und ebenso wie bei Goldwater war auch bei McGovern interessant, wo er eben gerade *nicht* verloren, sondern sogar dazugewonnen hatte: z.B. in Orten, die stark durch die Präsenz großer Universitäten geprägt waren. Einer dieser Orte war Madison, Dane County, das liberale Fallbeispiel unserer späteren Feldstudie: Dort fand McGovern Tausende begeisterter Anhänger, die für seinen Wahlkampf auf die Straße gingen.⁷⁶ Hätte es sich dabei nur um eine Handvoll verträumter College-Towns gehandelt, wären diese Erfolge vielleicht weniger interessant gewesen. Aber das waren gleichzeitig die Orte, die durch die Nachbarschaft forschungsstarker Universitäten bald zu den Epizentren der technologischen Revolution wurden und beträchtlich wachsen sollten. Die Wahl 1972 deutete daher nicht nur an, dass die Partei in Zukunft ethnisch bunter und weiblicher werden würde. Mit McGovern schälte sich in Umrissen auch die Dominanz der Demokraten unter hochqualifizierten Arbeitskräften im postindustriellen Informationszeitalter an.⁷⁷

Doch wie bereits angedeutet: Die Geschichte der weltanschaulichen Homogenisierung der Demokratischen Partei ist deutlich komplizierter als die der Republikaner. Die Demokraten zogen aus der krachenden Niederlage von 1972 andere, pessimistischere Schlüsse als die Republikaner 1964 dies getan hatten. In den Folgejahren blieben sie oft genug ängstlich darauf bedacht, bloß nicht zu sehr mit dem Radikalismus der Protestbewegung identifiziert zu werden. Gänzlich unberechtigt waren diese Ängste nicht: Die Phase liberaler Hegemonie, die man grob von 1932 bis 1968 veranschlagen kann,⁷⁸ ging zu Ende und der amerikanische Liberalismus fühlte sich zunehmend in der Defensive. In den 40 Jahren von 1968 bis 2008 saß 28 Jahre lang ein Republikaner im Weißen Haus. Und die einzigen beiden Demokraten, denen es in dieser Zeit gelang, zu triumphieren, waren Demokraten aus dem konservativen Süden. Vor allem die Präsidentschaft des Zentristen Bill Clinton, der in der Sozialpolitik viele Impulse des amerikanischen Konservatismus aufnahm,⁷⁹ schien Bestätigung der These zu sein, dass Demokraten

75 Vgl. ebd. S.37-38.

76 Vgl. Bruce Miroff: *The Liberals' Moment. The McGovern Insurgency and the Identity Crisis of the Democratic Party*, Lawrence 2007.

77 Vgl. Judis/Teixeira: *The Emerging Democratic Majority*, a.a.O.

78 Dies ist eine gängige Zäsurensetzung, vgl. aber besonders pointiert Sam Tanenhaus: *The Death of Conservatism*, New York 2009.

79 Vgl. Gil Troy: *the Reagan Revolution. A Very Short Introduction*, Oxford 2009, S. 122-124.

nur dann gewinnen konnten, wenn sie so weit wie möglich in die politische Mitte rückten.

Andererseits: Unter ihrer Oberfläche veränderte sich die Partei langfristig dennoch in jene Richtung, die sie mit McGovern eingeschlagen hatte. Noch in der Clinton-Ära verschwanden konservative Südstaatler endgültig aus der Partei – ein Schicksal, dass dann etwas später auch andere, eher als ideologisch moderat zu bezeichnende Politiker traf. Die Partei wurde weiblicher, weniger weiß und säkularer. Sie nahm neue Themen auf, wie die Umweltpolitik, die während der McGovern-Kampagne zum ersten Mal auf der Agenda der amerikanischen Politik auftauchte. Und während sie bei wirtschafts- und sozialpolitischen Themen insbesondere in den 1990er Jahren dem konservativen – in Europa würde man sagen: neoliberalen Zeitgeist – weit entgegenkam, blieb sie auf dem Feld der Gesellschaftspolitik den Idealen der 1960er weitgehend treu. 2008 schließlich gewann Obama mit einer Wählerkoalition, die in den Augen vielen Beobachter der McGovern-Koalition verblüffend ähnelte.⁸⁰

CULTURE WAR? RELIGION ALS NEUE KONFLIKTLINIE

Mit der Integration der Neuen Linken in die Demokratische Wählerkoalition war ein weiterer, wichtiger Baustein der ideologischen Konfliktmatrix der Gegenwart hinzugefügt. Das letzte Element war spätestens mit der Vollendung der konservativen Revolution durch Ronald Reagan 1980 in den Fokus der politischen Auseinandersetzung gerückt: Religion. Erstaunlicherweise hatte diese in all den fundamentalen Auseinandersetzungen der 1960er Jahre noch keine wirklich überraschende Rolle gespielt. Zwar hatte es unter den viele Anti-Kommunistischen Gruppen, die seit den 1950er Jahren im Land aufblühten, eine Reihe von stark christlich inspirierten Aktivisten gegeben.⁸¹ Und gewiss war der Widerstand gegen die moralischen „Exzesse“ der *Counterculture* nur verständlich, wenn man sich die starke christliche Prägung der USA vergegenwärtigte. Dennoch sucht man etwa prominente Kirchenführer in der Goldwater-Bewegung noch vergeblich. Auf der

80 Vgl. Ross Douthat: The Obama Realignment, in: *New York Times* vom 7. 11.2012, abrufbar unter: <http://campaignstops.blogs.nytimes.com/2012/11/07/douthat-the-Obama-realignment/> (zuletzt abgerufen am 12.08.2014).

81 Vgl. Kenneth D. Wald/Allison Calhoun-Brown: Religion and Politics in the United States, 6. Auflage, Lanham 2011, S. 204; Leo Ribuffo: The Old Christian Right. The Protestant Far Right from the Great Depression to the Cold War, Philadelphia 1983.

progressiven Seite sah dies fraglos anders aus: Hier war es immerhin der Baptistenprediger Martin Luther King gewesen, der über die *Southern Christian Leadership Conference* die Bürgerrechtsbewegung anführte und in dessen Reden neben dem Verweis auf den „American Creed“ auch christliche Motive der Versöhnung eine große Rolle spielten.

Überhaupt war der amerikanische Protestantismus – von der Abschaffung der Sklaverei bis hin zu den verschiedenen Reformprojekten des *Progressive Movement* – in der amerikanischen Geschichte sehr häufig auf der progressiven Seite zu finden gewesen.⁸² Konservative Christen hingegen hatten sich nach einer Reihe schwerer Niederlagen zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus dem öffentlichen Leben weitgehend zurückgezogen. Auch in den 1960er Jahren schien sich diese Grundtendenz zunächst zu bestätigen. Als Amerika – wie andere westliche Gesellschaften – einen rasanten Wertewandel erlebte, durch den traditionelle Moralvorstellungen fundamental in Frage gestellt wurden, standen Amerikas konservative Christen an der Seitenlinie. Jerry Falwell, der spätere Initiator und Anführer der 1979 gegründeten „Moral Majority“, bekannte sich noch im turbulenten Jahr 1965 zur Abwendung von allem Weltlichen und lehnte es ab, sich für den Kampf gegen den Kommunismus oder die Bürgerrechtsbewegung vor den Karren einer Partei spannen zu lassen: „Preachers are not called upon to be politicians but to be soul winners.“⁸³

Das änderte sich in den 1970er Jahren, als gerade die Entscheidungen des liberalen Supreme Court – vor allem die Legalisierung von Abtreibungen in der Entscheidung *Roe vs. Wade* – zu einer massenhaften Mobilisierung des evangelikalen Amerika führte. Auch der soziale Aufstieg vieler evangelikaler Christen im Süden der USA, so ist bisweilen argumentiert worden, habe diese Mobilisierung gefördert – zum einen, weil ein höher sozialer Status grundsätzlich Partizipation fördert, aber auch, weil andere materielle Interessen nun besser zur Programmatik der republikanischen Partei passten und damit ein Bündnis nahe lag.⁸⁴ Dabei ist das Wort „evangelikal“ nicht sonderlich präzise, sondern eine begriffliche Hilfskonstruktion, mit der sich angesichts der Vielfalt der vielen protestantischen Kirchen oder „Sekten“ in den USA zumindest jene unter einem Label zusammenfassen lassen, die, zunächst in theologischer Hinsicht, als konservativ gelten können. Es sind vor allem zwei Merkmale, anhand derer sich evangelikale Kirchengemein-

82 Vgl. George Marden: *Understanding Fundamentalism and Evangelicalism*, Grand Rapids 1991, S. 2.

83 Zitiert nach Geoffrey Layman: *The Great Divide. Religious and Cultural Conflict in American Party Politics*, New York, 2011.

84 Vgl. Wald/Calhoun: *Religion and Politics*, a.a.O. S. 216-221.

den von den liberalen protestantischen Kirchen des sogenannten „Mainline Protestantism“ abgrenzen lassen: zum einen der Glaube an die wörtliche Interpretation der Bibel, und zum anderen eine persönliche, intime Gottesbeziehung der Gläubigen, die sich in der Regel durch ein Konversionserlebnis auszeichnet (daher die Überzeugung ein „born-again“, ein „wiedergeborener“ Christ zu sein).⁸⁵

In der Retrospektive ist jedenfalls offensichtlich, dass es seit Beginn der 1970er Jahre überall im Land zu Vorfällen kam, die zunächst nur lokaler Natur zu sein schienen, sich jedoch zu häufig wiederholten, um reiner Zufall zu sein: z.B. der Streit um die Evolutionslehre in Schulbüchern an einer Schule in West Virginia 1974, woraufhin Tausende von Eltern einen Schulboykott organisierten; oder ein Referendum 1977 in einem County in Florida gegen eine Verordnung, die die berufliche Diskriminierung von Homosexuellen verbot – und zahllose andere Bürger-Proteste, die zunächst nur von lokaler Bedeutung zu sein schienen, deren Häufung aber darauf hindeutete, dass Amerikas Liberalisierung der 1960er Jahre längst eine Gegenreaktion, einen „backlash“, unter Amerikas konservativen Protestanten ausgelöst hatten.

Dennoch war nicht sofort offensichtlich, wohin das stärkere politische Erwachen des Amerikanischen Protestantismus parteipolitisch führen würde. Es lag jedenfalls eine gewisse Ironie darin, dass es mit Jimmy Carter ein Demokrat war, der 1976 mit seinem Versprechen der moralischen Erneuerung nach dem Watergate-Skandal maßgeblich zur Mobilisierung evangelikaler Christen beitrug und sie quasi damit endgültig in die politische Arena hineinzog.⁸⁶ 1976 hatte der Erdnussfarmer aus Georgia in der Gruppe evangelikaler Christen noch eine Mehrheit erringen können. Gleichwohl: Langfristig war dieses Segment angesichts der diametral entgegengesetzten ideologischen Richtungen, in der die beiden Parteien sich bewegten, nicht von der Demokratischen Partei zu halten. 1979 gründet sich unter Jerry Falwell die „Moral Majority“, die sich zum Ziel setzte, dem moralischen Niedergang des Landes entgegenzuwirken. Für viele liberale Zeitgenossen, aufgewachsen im Glauben an die Säkularisierung moderner Gesellschaften, waren die spektakulären Mobilisierungserfolge von Falwells Organisation ein regelrechter Schock: Nach nur einem Jahr ihrer Existenz hatte allein die „Moral Majority“, die Ende der 1980er Jahre wieder von der Bildfläche verschwand aber durch eine Reihe anderer Organisationen wie „Focus on the Family“ ersetzt wurde, vier Millionen Mitglieder und zwei Millionen Spender, von denen nicht wenige auch

85 Vgl. Michael Lienish: *Redeeming America: Piety and Politics in the New Christian Right*, Chapel Hill 1993.

86 Vgl. Andrew P. Hogue: *Stumping God. Reagan, Carter, and the Invention of Political Faith*, Waco 2012.

selbst als freiwillige Helfer aktiv in Präsidentschafts- und Kongresswahlen mitmischten.⁸⁷ Zu Ronald Reagans Sieg 1980 trug die „Moral Majority“ maßgeblich bei. Seitdem waren evangelikale Christen ein fester Bestandteil der republikanischen Wählerkoalition: der letzte republikanische Präsidentschaftskandidat, Mitt Romney, erhielt von ihnen bei der Wahl 2012 79% der Stimmen.

Die starke, auch mediale Konzentration auf den amerikanischen Evangelikalismus verdeckt allerdings häufig den Blick auf noch eine andere und vielleicht noch wichtigere Entwicklung: der Abschied von den Konfessionsschranken. Diese hatten bis dahin das Wahlverhalten der Amerikaner bestimmt, nicht etwa die Religiosität oder Frömmigkeit eines US-Bürgers. Katholiken wählten traditionell stärker demokratisch, Protestanten mehrheitlich republikanisch.

Mit Glaubensfragen an sich hatte das wenig zu tun. In der großen Einwanderungswelle um 1900 waren die Demokraten ganz einfach zur Interessenpartei von katholischen Einwanderern aus Europa geworden, während Amerikas „WASPs“ – kurz für „White Anglon-Saxon Protestants“ – mehrheitlich republikanisch wählte. Wie auch in anderen protestantisch dominierten Ländern hielt man Katholiken auch in den USA für unzuverlässige Patrioten, die es im Zweifel mit Rom hielten. Aber die Moralisierung der amerikanischen Politik, und die Bedrohung durch eine säkulare und sexuell promiskuitive Jugendbewegung ließen – neben dem sozialen Aufstieg vieler Katholiken – die Konfessionsunterschiede in den Hintergrund rücken. Schon 1968 hatte mit Richard Nixon zum ersten Mal ein republikanischer Präsidentschaftskandidat die Mehrheit der Stimmen der Katholiken für sich gewinnen können. Seit den 1970er Jahren beobachteten Wahlforscher, dass die konservativen Elemente in *beiden* Konfessionen nun stärker für die gleiche Partei wählten und das gleiche galt andersherum auch für liberale Christen bzw. Konfessionslose. Konservative Protestanten sowie konservative Katholiken wählten tendenziell stärker republikanisch, liberale Christen beider Konfessionen stärker demokratisch. Bei der Präsidentschaftswahl 2012 erhielt Mitt Romney von Amerikanern, die einmal oder mehrmals die Woche beteten, über 60% der Stimmen.⁸⁸ Unter weißen Amerikanern allein fällt diese Verteilung sehr viel drastischer aus, da sich unter Obamas Wählern schließlich viele Hispanics und Afro-Amerikaner befinden, die ebenfalls durch eine starke Religiosität auffallen.

87 Vgl. Clyde Wilcox: *Onward Christian Soldiers?* Boulder 1996, S. 96.

88 Vgl. den Report des Pew Research Centers vom 12. Mai 2015: *America's Changing Religious Landscape*, abrufbar unter: <http://www.pewforum.org/2015/05/12/americas-changing-religious-landscape/> (zuletzt abgerufen am 03.08.2015).

Vor allem die 1980er und 1990er Jahre wurden durch den Aufstieg der Christlichen Rechten dann die Jahre der „Culture Wars“. Abtreibung, Homosexualität, Schulgebet und schwieriger zu kategorisierende, weil sehr viel diffusere Themen, in denen es um die „Seele Amerikas“ ging und die Frage, ob das Land im „moralischen Abstieg“ („moral decline“) befindlich war, prägten die Diskussionen. Den Begriff des „Culture War“ hatte der Soziologe James Davison Hunter 1991 in die Diskussion eingeführt. Nach Hunter teilte sich das Land zunehmend in zwei Lager mit Weltsichten, die kaum länger miteinander zu versöhnen waren.

Auf der einen Seite, so Hunter, stand das „orthodoxe“ Amerika: dort glaubte man an eine transzendente Autorität, überlieferte Normen und Werte, an eindeutige moralische Unterscheidungen zwischen Gut und Böse. Auf der anderen Seite des „Culture War“ stand das „progressive“ Amerika: dort glaubte man an die Emanzipation von überkommenen Werten, an gesellschaftlichen Fortschritt, und an die Relativität moralischer Grundsätze.⁸⁹ Es war dieser tiefe moralische Konflikt, der die amerikanische Politik seit Ende der 1970er Jahren prägte. Und Ronald Reagan gelang es, das gewaltige Wählerreservoir der evangelikalen Christen für sich zu erschließen. Dabei war Reagan selbst eher kein tief religiöser Mensch, aber gerade in seiner bewussten rhetorischen Zuspitzung des Konfliktes zwischen den USA und der Sowjetunion stellte er eine starke emotionale Bindung her. Es war auch kaum ein Zufall, dass Reagan seine berühmte „Evil Empire“-Rede über die Sowjetunion ausgerechnet bei der Tagung des wichtigsten Dachverbandes der evangelikalen Kirchen in den USA, der *National Association of Evangelicals*, hielt.

Eines freilich sollte man bei allen Schilderungen über den großen Einfluss der Religion auf die amerikanische Politik – oder genauer: den Einfluss der religiösen Rechten auf die Republikanische Partei – nicht vergessen: Letzten Endes handelte es sich um ein Rückzugsgefecht. Amerika blieb bzw. bleibt zwar bis ins 21. Jahrhundert ein tief religiöses Land, zumindest im Vergleich zu anderen westlichen Gesellschaften.⁹⁰ Doch einen Rückgang institutionalisierter Religion erlebten auch die USA, eine Entwicklung, die sich in den letzten 10 Jahren weiter beschleunigt hat. Nach einer Studie des Pew Research Centers bezeichnen sich mittlerweile fast 23% der Amerikaner als Agnostiker und Atheisten. Betrachtet man wiederum die Situation in den verschiedenen Konfessionen genauer, so fällt – neben der re-

89 Vgl. James Davison Hunter: *Culture Wars: The Struggle to Define America*, New York 1991.

90 Vgl. Steven Pfaff: *The Religious Divide: Why Religion Seems to Be Thriving in The United States and Waning in Europe*, in: Jeffrey Kopstein/Sven Steinmo (Hg.): *Growing Apart: America and Europe in the Twenty-First Century*, New York 2008, S. 24-52.

lativen Stabilität bei Katholiken durch hispanische Migration – vor allem die Veränderung im amerikanischen Protestantismus auf. Beispiellos zusammengeschrumpft sind im Verlauf der letzten ca. 40 Jahre die Kirchen des sogenannten „Mainline Protestantism“: Liberale Glaubenskongregationen, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts versuchten, Aufklärung und Wissenschaft mit dem Christentum zu versöhnen. Der größte Teil der politischen Klasse Amerikas hatte sich jahrelang aus den Rängen des *Mainline Protestantism* rekrutiert. Steil angestiegen ist hingegen im gleichen Zeitraum die Anzahl der Amerikaner, die sich als Mitglieder evangelikaler Kirchen bzw. allgemeiner als „born-again-Christians“, als wiedergeborene Christen, bezeichnen: mittlerweile sind es über ein Viertel der Amerikaner.⁹¹

Der Politik gar nicht unähnlich, wuchsen also auch im Bereich der organisierten Religion die Ränder – besonders konservative, bibeltreue Christen auf der einen Seite und Menschen ohne jede christliche Bindung auf der anderen Seite – während die religiöse Mitte zunehmend verwaiste. Es war ein idealer Nährboden für kulturellen Konflikt.

91 Vgl. den Report des Pew Research Centers vom 12. Mai 2015: *America's Changing Religious Landscape*, abrufbar unter: <http://www.pewforum.org/2015/05/12/americas-changing-religious-landscape/> (zuletzt abgerufen am 03.08.2015). Vgl. insgesamt als Überblick für die Veränderungen der letzten Jahrzehnte Robert D. Putnam/David E. Campbell: *American Grace. How Religion Divides and Unites Us*, New York 2010.

